

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Warnfried Dettling

Ende oder Wende. Was wird aus der CDU?

Eckhard Fuhr

Zurück zur Mitte: Die SPD zu Beginn
des Superwahljahres 1994

Thomas Wittke

Die F.D.P. am Scheideweg

Peter Fahrenholz

Die CSU vor einem schwierigen Spagat

Patrick Moreau

Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS

Tissy Bruns

Bündnis 90/Die Grünen:
Oppositions- oder Regierungspartei?

B 1/94

7. Januar 1994

Warnfried Dettling, Dr. phil., geb. 1943; freier Publizist der Wochenzeitung „Die Zeit“ in München. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Demokratie, Gewerkschaften und zur politischen Kultur in Deutschland.

Eckhard Fuhr, geb. 1954; seit 1986 politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Veröffentlichungen u. a.: Geschichte der Deutschen. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur von 1945 bis heute, Frankfurt/M. 1993.

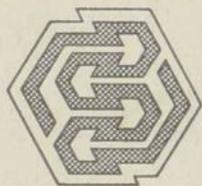
Thomas Wittke, Dr. phil., geb. 1953; politischer Korrespondent beim Bonner General-Anzeiger.

Peter Fahrenholz, geb. 1957; Münchner Korrespondent der Frankfurter Rundschau, der Badischen Zeitung und der Westfälischen Rundschau.

Patrick Moreau, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., geb. 1951; Studium der Philosophie und Geschichte an der Universität Paris I – Sorbonne; seit 1985 als Wissenschaftler des Centre National de la Recherche Scientifique am Centre d'études d'histoire et de sociologie du communisme, Université de Paris X.

Veröffentlichungen u. a.: Die PDS. Anatomie einer post-kommunistischen Partei, Bonn 1992; Beiträge zur Krise und Anpassungsstrategie der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR.

Tissy Bruns, geb. 1951; Korrespondentin der taz in Bonn.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Ende oder Wende. Was wird aus der CDU?

I. 1994: Ein Schicksalsjahr für die CDU

Die Debatte über die Strategie für das Superwahljahr 1994 fand nicht statt. Der Vorsitzende der CDU mußte in den Gremien seiner Partei keine Auskunft darüber geben, mit welcher Botschaft er erneut und zum vierten Male in einer Bundestagswahl um das Vertrauen der Wähler werben will: Präsidium und Bundesvorstand der CDU waren mit einem anderen Thema beschäftigt. In Sachsen-Anhalt war ihnen urplötzlich eine ganze Regierung abhanden gekommen, allzu viele hat sie ja nicht mehr davon. Nur wenige Tage zuvor hatte der Kandidat Heitmann dem bürgerlichen Trauerspiel um seine mögliche Präsidentschaft selbst ein Ende gesetzt.

Es hat sich so eingebürgert, und die Wähler haben sich inzwischen auch daran gewöhnt, daß die politischen Parteien, insbesondere die CDU, jede Bundestagswahl zu einer „Schicksalswahl“ dramatisieren. Diese Floskel von den „Schicksalswahlen“ ist falsch, übertrieben, ja in gewisser Weise auch undemokratisch. Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß das politische Leben weitergeht. Ihre Stabilität erweist sich gerade darin, daß Regierungswechsel als undramatisch erlebt werden. Die feierliche Normalität und Dignität eines Amts- und Regierungswechsels, wie sie etwa die Vereinigten Staaten so eindrucksvoll zu inszenieren wissen, macht gerade das Wesen der Demokratie aus, läßt sie für die Bürger erfahrbar werden.

Es könnte freilich sein, daß diesmal die dramatische Wendung wieder einen Sinn macht. 1994 ist ein besonderes Jahr. Nicht bloß wegen der schieren Anzahl der Wahlen. Auch nicht nur, weil möglicherweise zum ersten Male nach 1945 eine Bundesregierung direkt und umstandslos von den Wählern durch die Wahl abgewählt wird und nicht wie etwa 1969 nach der Wahl durch Koalitionsverhandlungen oder wie 1982 vor der Wahl durch ein konstruktives Mißtrauensvotum. 1994 könnte in der Tat zum „Schicksalsjahr“ werden, weniger freilich für die Bundesrepublik Deutschland als für die großen Volksparteien, vor allem aber für CDU und

Vom Autor erscheint Ende Januar 1994 im Eichborn Verlag in Frankfurt: Das Erbe Kohls. Bilanz und Perspektiven.

CSU. Nicht daß sie nach zwölf Jahren von der Regierung abgelöst werden könnten macht die Lage für sie so dramatisch: Eine Kanzlerschaft über drei Legislaturperioden ist, zumal in diesen unruhigen Zeiten, eher die Ausnahme als die Regel. Auch ein Regierungsbündnis zwischen der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen, das rechnerisch um so eher möglich wird, je konsequenter und glaubwürdiger es vom Kanzlerkandidaten der SPD politisch abgelehnt wird, muß den Deutschen nicht den Schlaf rauben.

II. Eine Zäsur in der deutschen Parteiengeschichte

Das Jahr 1994 wird weniger ein Schicksalsjahr für die deutsche Politik als eine Zäsur für die deutsche Parteiengeschichte, vielleicht der Anfang vom Ende des deutschen Parteiensystems, wie es im 19. Jahrhundert entstanden und nach 1945 neu begründet worden ist, wie es die Zeitgenossen seit nunmehr fast fünfzig Jahren kennen und wie es die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in und für Deutschland und Europa erfolgreich gestaltet hat. Das Jahr 1994 wird vermutlich Parteiengeschichte erleben: den Abschied von den Volksparteien, und diese Zäsur wird die CDU besonders schwer treffen. Es bleibt offen, ob sie sich von den Schlägen des Jahres 1994 je wieder erholen wird. Die Unionsparteien sind dabei, nicht nur Wahlen und Regierungen zu verlieren, sondern auch ihre Rolle in der deutschen Parteienlandschaft, damit aber auch ihr Selbstverständnis, ihre Raison d'être. Der dramatische Niedergang der CDU, wie er sich nun schon seit zehn Jahren auf allen Ebenen und von Wahl zu Wahl immer deutlicher abzeichnet, ist gewiß auch Ausdruck großräumiger gesellschaftlicher Veränderungen, aber es handelt sich dabei auch um einen einzigartigen inneren Verfall aus eigenem [Un]vermögen, auf eine veränderte Lage politisch intelligent zu reagieren. „Die CDU ist alt geworden“ (Konrad Adam); sie ist in ihren politischen Eliten, in ihrer politischen Philosophie und in ihrem sozialen Wurzelwerk verbraucht, ausgetrocknet und erodiert. Der „Geist der Partei“ und die handelnden Personen begründen kein Versprechen mehr.

Die äußeren Zeichen (Wahlergebnisse, Rückgang der Mitgliederzahlen, leiser Auszug der Frauen und der Jugend aus der Partei) für ein langsames Schwinden und Verschwinden der Volkspartei CDU lassen sich eigentlich seit Jahren nicht mehr übersehen; ihre innere Auszehrung an ideenpolitischer Kraft hat freilich noch früher begonnen, genau betrachtet vor ihrem Regierungsantritt im Jahre 1982. Ganz ähnlich wie in den Vereinigten Staaten sich der spätere Sieg des konservativen Republikaners Ronald Reagan 1980 schon zu einer Zeit vorbereitete, als mit John F. Kennedy eine neue Generation ins Weiße Haus gekommen war (1960), begann der Niedergang der CDU schon zu einer Zeit, als rein äußerlich, gemessen an den üblichen Indikatoren der Macht, die Welt der Union noch oder gerade wieder in bester Ordnung war: beim Regierungswechsel 1982. Die personelle und programmatische Erneuerung der CDU in den siebziger Jahren, die ihrerseits eine Antwort war auf die müde Stimmung der CDU in den sechziger Jahren, aber auf dem „Erbe Adenauers“ (Rüdiger Altmann) doch auch aufbauen konnte, hatte sich schon leergelaufen, als es mit dem Regierungswechsel 1982 scheinbar erst so richtig losging. Dazwischen lag die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß. Nach 1982 wurde während der gesamten Regierungszeit Helmut Kohls, trotz aller Reformen in allen möglichen Bereichen – und die Regierungen Kohls haben ja nicht wenig reformiert, von der Post über das Gesundheitswesen bis zur Bahn und zur Rente –, die Maxime „Weiter so!“ zur eigentlichen Richtlinie der Ära Kohl, von Wahl zu Wahl, mochte sich die Welt drinnen und draußen auch noch so grundsätzlich ändern.

Und so holt der Dreißig-Jahre-Zyklus, den Eric Frey für die USA so eindrucksvoll beschrieben hat, auch Deutschland und die CDU wieder ein. Für die CDU ist diesmal alles anders als damals am Ende der Ära Adenauer. Sie hat jetzt – dafür hat er schon selbst gesorgt – keinen wie ihn, den jungen Helmut Kohl, der damals, zuerst durchaus auch auf eigenes Risiko, die CDU energisch zu Reform und Erneuerung angetrieben hat, und sei es auch nur, weil er darin die richtige Strategie zur Machtgewinnung gesehen hat. Und selbst wenn sie jetzt, in der Mitte der neunziger Jahre, denn einen hätte, einen Erben Kohls, auch der Tüchtigste dürfte in diesem historischen Moment scheitern bei dem Versuch, die CDU als große Volkspartei der Mitte, wie sie über fast fünfzig Jahre das Land geprägt hat, wieder zu erneuern. Die Menschen, die Gesellschaft und die Welt haben sich verändert, und die CDU selbst hat alles getan und alles unterlassen, um sich selbst aus der Epoche herauszukatapultieren. „Kohl hinterläßt kein Erbe, nur

Hypotheken“, kommentierte kürzlich bitter und enttäuscht einer, der die Geschichte der CDU von Adenauer bis Kohl aus Nähe und Distanz begleitet hat, und er meinte damit keineswegs nur die finanzielle Dimension von Kohls Erbe. Zu den Verlierern der Ära Kohl gehört vor allem jene Formation, die er länger als 20 Jahre wie kein anderer beherrscht hat und die jetzt, zu Beginn des Wahljahres 1994, schlechter dasteht als je zuvor: die CDU.

III. Mehrheit und Mitte: Die Formeln zur Macht

Mehrheitspartei zu sein, zu bleiben oder bei nächster Gelegenheit, mit realer Erfolgchance, wieder zu werden, alleine oder eben mit der FDP: das war und ist, jenseits aller Programmatik, der Kern des Selbstverständnisses der CDU; dies ist vorbei. Die CDU ist dabei, eine ganz gewöhnliche Partei zu werden.

Da die Ära Kohl ausläuft, verträgt die Bilanz keine Schönrederei mehr: Helmut Kohl steht für das Schwinden und Verschwinden der CDU als einer modernen Volkspartei, was die Mitglieder, was die Wähler, aber auch, was die politischen Inhalte betrifft – und all das hängt eng zusammen. Helmut Kohl steht für eine Veränderung der Parteienlandschaft zum Nachteil der CDU.

Dies ist ein hartes Urteil, und die Einwände liegen auf der Hand. Ohne ihn wäre alles schon viel früher und viel schlimmer gekommen, sagen seine Freunde. Der Niedergang der CDU sei Ausdruck und Folge einer gleichsam naturwüchsigen, eigen-dynamischen Entwicklung unabhängig von Helmut Kohl, seinen Fehlern und Versäumnissen. War es nicht vielmehr eine, *seine* große Leistung, den Spagat in der CDU ausgehalten und möglich gemacht zu haben, also ein politisches Angebot für die katholische Bauersfrau in Oberschwaben ebenso wie für den Yuppi in Hamburg? Hat Kohl in Regierung und CDU nicht über Jahre exemplarisch die Kunst politischer Führung als Integration vorgeführt? Und gibt es dazu in der heutigen Zeit, in einer Koalitionsdemokratie und in einer pluralistischen, ausdifferenzierten Gesellschaft überhaupt noch eine Alternative? Was viele als „Aussitzen“ verspottet haben, das Fehlen energischer Vorgaben und klarer Meinungen des Kanzlers, kann man es nicht auch, zum Teil wenigstens, als Regierungskunst interpretieren, als Fähigkeit nämlich, die Partei und die Regierung indirekt, unauffällig –

und aus dem Hintergrund zu führen? Die Leistung Helmut Kohls für die CDU bestünde dann gerade darin, daß er so lange und so erfolgreich den politischen Spagat geschafft hat.

IV. Der Volkspartei läuft das Volk weg

Die CDU verändert sich nicht nur quantitativ, in ihrem Umfang, sondern auch qualitativ, in ihrer Substanz. Eine Union um die 35 Prozent hat nicht nur weniger Stimmen, sie ist eine andere Partei, und es ist deshalb eine völlig offene Frage, ob sie sich auf diesem niedrigeren Niveau wird stabilisieren können. Die guten Zeiten der CDU waren auch das Ergebnis einer „self-fulfilling prophecy“: Die Öffentlichkeit und sie selbst, Mitglieder und Funktionäre, haben an die CDU geglaubt, und dieser Glaube hat auch das Verhalten der Mitläufer, Opportunisten und Anpasser, die es immer und überall gibt, beeinflußt und die CDU so groß und stark gemacht. Der nämliche sozialpsychologische Mechanismus könnte jetzt den unaufhaltbaren Niedergang der CDU beschleunigen.

Über die Folgen ihres Niedergangs vermag die CDU nicht zu debattieren, weil sie dabei notwendig nach dessen Ursachen fragen müßte. Und die Antwort, fiele sie nur halbwegs ehrlich aus, dürfte keinen Zweifel lassen: Die CDU hat sich immer weiter aus der Gesellschaft entfernt. Sie hat es versäumt, ja sie hat sich in ihrer Regierungszeit auch gar nicht mehr wirklich darum bemüht, eine neue politische und gesellschaftliche Mitte zu definieren. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die traditionellen Milieus immer mehr abschmelzen, hat sie sich wie verzweifelt an deren letzten Reste geklammert. Selten zuvor, schon gar nicht in ihrer Erfolgsgeschichte, hat sich die CDU eine derartige Binnenorientierung geleistet – und die Gesellschaft darüber hinaus aus dem Blick verloren. Wer in sich wandelnden Zeiten trotzig den gesellschaftlichen Status quo ante verteidigt, der ist längst auf der Flucht aus der gesellschaftlichen Mitte. Und so wandert die CDU nun seit zehn Jahren von Niederlage zu Niederlage. Der Volkspartei läuft das Volk weg.

Die CDU hat die Fähigkeit verloren, sich ebenso selbstbewußt wie wertengagiert auf neue Fragen und Entwicklungen einzulassen; verloren hat sie ihr Urvertrauen in die eigene Sache wie in die Gesellschaft. Die politische und soziale Umwelt wird von ihr nicht mehr als Raum und Aufgabe erlebt,

die es zu gestalten gilt, sondern eher als Hinterhalt, aus dem allerlei Gefahren drohen, gegen die man sich möglichst geschlossen und entschlossen zur Wehr setzen muß. Die CDU ist mißtrauisch, und sie ist autistisch geworden. Unfähig, sich kommunikativ und konstruktiv auf Kritik und andere Meinungen einzulassen, kann sie auch nicht in einer solchen Auseinandersetzung wachsen: in der politischen Potenz und Intelligenz, in ihrer Attraktivität und im öffentlichen Ansehen und so am Ende auch in ihrer Mehrheitsfähigkeit als Kanzlerpartei. Nicht daß sie ein Kanzlerwahlverein ist, muß sie ja, vordergründig betrachtet, eigentlich beunruhigen, sondern daß sie als Kanzlerwahlverein nicht mehr recht zu gebrauchen ist. Der Grund dafür ist einfach und folgenscher: Die CDU hat die politische Mitte verloren.

V. Der Verlust der Mitte und der Erbe Kohls

Was lange Zeit als unbewußte Entwicklung ablief, wird jetzt als politische Absicht deutlich erkennbar: Die CDU verläßt die Mitte. Damit zieht sie nicht nur die Konsequenz aus einer oberflächlichen Demoskopie, die dem Kanzler schon lange einredet, die Gesellschaft bewege sich nach rechts. In Wirklichkeit formiert die CDU aktiv die rechte Mitte und sich selbst als Partei der rechten Mitte.

Das ist etwas qualitativ Neues in der Geschichte der CDU. Versuchungen dazu hat es immer gegeben. Alfred Dregger etwa wollte immer wieder die „Nation“ in den Kanon der Grundwerte der CDU erheben; er war Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, einen Nachfolger Helmut Kohls hat nie jemand in ihm gesehen. Die Spannung und das Gleichgewicht zwischen den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit auszuhalten, war immer eine schwierige Aufgabe. Aber fast fünfzig Jahre lang ist es der CDU gelungen, und genau darin gründete das Geheimnis ihres Erfolges.

Das ist nun vorbei. Die CDU hat, so scheint es, die Hoffnung aufgegeben; sie traut sich die politische Kraft nicht mehr zu, die große deutsche Volkspartei der Mitte zu sein, die fähig und entschlossen ist, die konservativen, die christlich-sozialen und die liberalen Gedanken gleichwertig und gleichrangig zu einem politischen Wurf zu integrieren. Natürlich werden die entsprechenden Formeln auf jedem Parteitag und in jeder Grundsatzrede zitiert,

aber es sind eben Formeln, und sie faszinieren so wie die religiösen Rituale in einer geistig-religiös ausgebrannten Kirche.

So wird die CDU ohne öffentliche oder innerparteiliche Debatte als Partei rechts von der Mitte gleichsam neu gegründet. Kohl läßt es geschehen, aber er wirkt mehr als der Zeremonienmeister denn als der Regisseur der neuen Aufführung. Manche sehen darin nur einen geschickten Schachzug vor den kommenden Wahlen, eine Arbeitsteilung zwischen Kanzler und seinem Einpeitscher im Parlament, oder auch – harmloser noch, weil nur taktisch gemeint – eine Produktdifferenzierung des Unternehmens CDU: Helmut Kohl in bewährter Manier als Mann der Mitte, Wolfgang Schäuble als der Mann fürs Grobe – und für die Rechte. Aber sie werden sich täuschen. Abgesehen davon, daß es etwas schwierig werden dürfte, Helmut Kohl, den Kanzler ohne Kanzlerbonus, bei seiner letzten Bundestagswahl als Hoffnung und Perspektive für die alten und neuen Mittelschichten wieder aufstehen zu lassen – es ist der Wille und die Vorstellung des Wolfgang Schäuble, schon jetzt den Cantus firmus der neuen Politik anzustimmen, politisch und rhetorisch. Und dies nicht länger als graue Eminenz oder als mächtiger erster Mann der Fraktion, sondern offen. Mit seiner Rede auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin meldete er seinen Führungsanspruch an, und dies nicht erst für die Zeit nach Kohl. Die Delegierten haben ihn verstanden.

Wolfgang Schäuble läßt keinen Zweifel an seinen Zielen und an seiner politischen Philosophie. Er geht daran, jene geistig-moralische Wende einzulösen, von der Helmut Kohl seit 1982 immer nur gesprochen hat. Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft geben ihm die Stichworte und die Argumente, eine Art programmatische Kulturrevolution in und mit der CDU zu vollziehen. Er sagt es immer wieder, und er gibt dabei auch vielen älteren Sozialdemokraten seine Stimme: Die Studentenbewegung von 1968 war und die 68er sind die Quelle allen Übels. Sie hätten zum Wert- und zum Sittenverfall in der deutschen Gesellschaft entscheidend beigetragen, und nun gelte es, die Deutschen wieder Mores zu lehren. Das ist zwar alles eher komisch. „Tieferhängen!“ möchte man ihm da zurufen. Schäuble und viele andere überschätzen die Wirkungen jenes Auf- und Ausbruchs auf eine grandiose Weise. Die 68er Bewegung war weniger die Ursache, sie war vielmehr Ausdruck und Folge eines sehr viel tieferen und umfassenderen sozialen Wandels. Und die jetzt durch Gewalt, durch rechtsradikale und ausländerfeindliche Aktionen auf sich aufmerksam machen, haben vieles erlebt, was sie dazu gebracht hat, nur keine 68er Eltern.

VI. Die Rolle der CDU in einem Fünf-Parteien-System

Der Erbe Kohls zieht die Konsequenzen aus der Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. In dem Fünf- oder Sechs-Parteien-System der Zukunft wird die CDU keine absolute und auch keine strategische und auch, mit der FDP, keine bürgerliche Mehrheit mehr haben, sondern allenfalls noch eine relative, diese aber auf einem bescheidenen Niveau. Die politische Kunst für den künftigen Kanzler und Vorsitzenden besteht darin, aus dieser neuen Situation das Beste für die CDU zu machen. Im Vielparteiensystem der Zukunft braucht die CDU nicht 40 Prozent der Stimmen, um als stärkste politische Kraft den Kanzler zu stellen.

Dazu reicht, wenn sie Glück hat, auch schon ein gutes Drittel der Stimmen. Für die CDU kommt es in Zukunft nicht auf strahlende Ergebnisse an, viel wichtiger ist es für sie, die SPD so vorzuführen, daß diese stets, wie knapp auch immer, zweiter Sieger bleibt. Das wäre eine Strategie, mit der die CDU auf mittlere Sicht, in den nächsten zehn Jahren, überleben könnte. In dieser Logik macht es durchaus Sinn, sich von der alten CDU zu verabschieden und eine neue Partei rechts von der Mitte zu etablieren. Das ist ein neuer Abschnitt in der Geschichte der CDU.

Helmut Kohl hat, seit er vor zwanzig Jahren zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, der CDU/CSU immer die begründete Hoffnung gegeben, alleine, was er selbst nie so recht wollte, oder doch „wenigstens“ mit der FDP, was ihm stets lieber war, regieren zu können.

Die CDU blieb in der Ära Kohl die strukturelle Mehrheitspartei im Bund, während die Fundamente ihrer Macht in den Kommunen und in den Ländern nach und nach zerbröselten. Die Bundestagswahl 1994 wird die letzte sein, in der CDU und CSU noch mit einem Rest an Plausibilität die alte, die jahrzehntelang selbstverständliche Koalitionsmehrheit aus CDU, CSU und FDP anstreben können – oder doch wenigstens noch einmal so tun als ob. Am Beginn der Ära Kohl konnte der Spiegel düster titeln: „Die schwarze Republik“. An ihrem Ende werden, wenn er Pech hat, nur noch in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen Ministerpräsidenten aus den Reihen der Union amtieren, und es wird der SPD und ihrem Vorsitzenden zu danken sein, daß die Politik in Deutschland dann eine allenfalls blaßrote Handschrift trägt.

Wolfgang Schäuble zieht die Konsequenz aus diesen Veränderungen. Der neudeutsche Konsens, den der Erbe Kohls jetzt für die CDU formuliert und exekutiert, braucht keinen Streit und schon gar keine Strategiedebatten. Die CDU geht kleiner und rechter, sie geht einheitlich und geschlossen in ihren Untergang als Volkspartei.

Es ist schwer zu sehen, wie die CDU ausgerechnet im Wahljahr 1994 aus ihrer Agonie als Volkspartei wieder zu neuem Leben erwachen sollte. Das bürgerliche Trauerspiel „Heitmann for President“, das CDU und CSU eine lange Weile mit hohem Engagement und in den Gremien natürlich immer „einstimmig“ aufgeführt hatten, war und ist symbolträchtig für ihre gegenwärtige Lage. Nicht nur schwinden, zum ersten Male offensichtlich, die magischen Kräfte ihres Vorsitzenden, die ja auch deshalb so magisch waren, weil alle daran geglaubt hatten. In diesem Trauerspiel verdichtet sich vielmehr das politische Dilemma der CDU zu Beginn des Jahres 1994. Sie steckte mit dem Präsidentschaftskandidaten Heitmann und sie steckt mit sich selbst in einem Double-bind, in einer Situation, in der sie – egal was sie tut – nicht gewinnen, in der sie nicht einmal mehr vernünftig agieren kann. Politik ist immer auch die Kunst, solche Situationen zu vermeiden.

Nach dem Rücktritt Heitmanns stand eine ganze Partei, die sich bis auf wenige bemerkenswerte Ausnahmen zur Loyalität hat dienstverpflichten lassen, blamiert da; wäre er bis zum 23. Mai 1994 Kandidat geblieben, wäre das Debakel für CDU und CSU noch fürchterlicher geworden. Der Vorsitzende, das Präsidium, der Bundesvorstand haben die CDU in eine Situation geführt, in der sie nicht mehr gewinnen konnte. In einer solchen Situation steckt sie, ganz allgemein betrachtet, auch im Wahljahr 1994, und dies vermutlich vor und nach der Bundestagswahl. Die CDU kann weiter fatalistisch und regungslos ihren künftigen Wahlniederlagen entgegendämmern, die Medien beschimpfen, auf Wunder hoffen – doch das ist nicht der Stoff, aus dem erfolgreiche Wahlkämpfe gemacht sind. Sie kann freilich auch, nach einem Fiasko bei der Europawahl am 12. Juni 1994 etwa, noch im letzten Moment versuchen, was sie zwanzig Jahre lang nicht gewagt und nicht geschafft hat: Helmut Kohl zu stürzen, eine politische Alternative zu ihm zu finden. Scheitert auch dieser Versuch, kann sie sich die Wahlkampfkosten gleich sparen (und danach erstatten lassen); ist er jedoch erfolgreich, ist auch nicht viel gewonnen. Gute hundert Tage vor der Wahl aus schierer Verzweiflung einen Kanzler und Vorsitzenden zu stürzen, dem sie in zwanzig Jahren wie keinem zweiten jemals Macht über sich gegeben hat, hinterläßt beim politischen Publikum keinen

starken Eindruck. Die FDP dürfte die Gunst der Stunde nutzen, das sinkende Schiff verlassen und frei von Ballast auf die Wähler setzen.

Bei der Bundestagswahl 1994 geht es um die Kanzlerfrage, so werden es die Wähler jedenfalls wahrnehmen, und um sonst nichts. Welche Partei, CDU/CSU oder SPD, wird am Ende die Nase vorn haben – wie knapp auch immer, 0,5 Prozent genügen. Das sorgt für Spannung und damit für eine hohe Wahlbeteiligung – und es erhöht die Unsicherheit. Die CDU/CSU und ihr Kanzler können noch einmal davonkommen und wieder als stärkste Fraktion in den Deutschen Bundestag einziehen. Und dann? Die SPD hätte über den Bundesrat die Macht im Staate – und die Union einen Kanzler, auf den es dann endgültig nicht mehr ankommt. Als größerer Partner in einer nicht mehr ganz so Großen Koalition, im Angesichte einer Zweidrittelmehrheit der SPD im Bundesrat (dazu bräuchte es nur einen Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern), die im Bundestag nur mit einer ebensolchen Zweidrittelmehrheit überstimmt werden könnte, wären CDU und CSU auf mittlere Sicht zuverlässig um beide Funktionen und Wirkungen gebracht, die eine parlamentarische Demokratie zu vergeben hat und die auch in parteipolitischer Perspektive Sinn machen: Regierung oder Opposition.

Aus staatspolitischer Sicht wäre eine politisch begründete Große Koalition des guten Gewissens wünschenswert, die ihre Legitimation nicht primär aus einer der vier Grundrechenarten, sondern aus dem gemeinsamen politischen Willen bezieht, die vier großen Themen der Zeit (Deutschlands Rolle in der Welt, Einwanderungsgesetz, Wirtschaft und Arbeit, Reform des Sozialstaates) jenseits der eingeschliffenen Wettbewerbsrituale zu lösen.

Verhängnisvoll wäre, aus dieser Sicht, eine bloß arithmetisch Große Koalition des schlechten Gewissens, die sich permanent für ihre schiere Existenz entschuldigt und sich deshalb machtprüde von Anfang an zeitlich begrenzt: staatspolitisch *und* parteipolitisch verhängnisvoll, vor allem für die CDU. Ohne die Ursachen für ihren Niedergang aufgearbeitet zu haben, ohne aus Erfahrung zur Einsicht gekommen zu sein, dürfte sich der sich selbst tragende Abschwung der CDU unverändert fortsetzen, ohne plausible Hoffnung auf eine Trendwende und auf eine neue, wieder erfolgreichere CDU. Das wäre Schrecken ohne Ende. Wer es gut meint mit der CDU, kann ihr daher nur eine möglichst saubere Opposition wünschen. Für die Demokratie wäre dies ein normaler Vorgang – für die CDU, vielleicht, eine letzte Chance.

Zurück zur Mitte: Die SPD zu Beginn des Superwahljahres 1994

130 Jahre ist sie jetzt alt, die deutsche Sozialdemokratie. Nur etwas mehr als 16 Jahre lang regierten in dieser Zeit in Deutschland sozialdemokratische Kanzler. Niemand würde bestreiten, daß Staat, Sozialverfassung und Gesellschaft der Bundesrepublik stark sozialdemokratisch geprägt sind. Doch die Frage nach der „Regierungsfähigkeit“ der SPD beschäftigt immer wieder nicht nur ihre Gegner. Selbstbewußtsein, ja ein Gefühl von Größe bezieht die Partei vor allem aus der Vergegnung ihrer eigenen Geschichte.

Die Zeiten, in denen sie die Geschicke Deutschlands als Regierungspartei im Reich oder im Bund bestimmte, gelten vielen Sozialdemokraten gerade nicht als ruhmreiche Zeiten. Nur in knapp fünf Jahren der Kanzlerschaft Willy Brandts scheint es so etwas wie einen freudigen, optimistischen Machtwillen der SPD gegeben zu haben. Damals, in den ersten Jahren der Reformära, erschien das Regieren als Arbeit an einem „sozialdemokratischen Projekt“ – die Stichworte hießen „Mehr Demokratie wagen“ und „Ostpolitik“. In der Weimarer Republik und in der Ära Schmidt dagegen empfanden große Teile der Partei die Regierungsverantwortung eher als Bürde und als Zwang, den Hafen „sozialdemokratischer Identität“ zu verlassen und für die ganze Nation zu handeln.

Zum ersten Mal nach zwölf Jahren Opposition besteht für die SPD im Herbst dieses Jahres eine realistische Chance, wieder Regierungspartei in Bonn zu werden. Ihr neuer Vorsitzender Rudolf Scharping möchte alles vermeiden, was diese Chance verkleinern könnte. Das ist der Kern seines politischen Programms. Regierungswechsel werden durch die Schwäche der Regierung bewirkt, nicht durch die programmatische Überzeugungskraft der Opposition. Von ihr verlangen die Wähler nicht visionäre Gegenentwürfe, sondern das glaubwürdige Versprechen, „es besser zu machen“.

Der Wiesbadener Parteitag der Sozialdemokraten im vergangenen November war ein denkwürdiges Ereignis. Er verband Machtwillen mit Bescheidenheit. Das Wichtige an einem Parteitag sind nicht die wortreichen Beschlüsse und die Stöße an bedrucktem Papier, die schließlich in den Parteigremien hin und her geschoben werden. Das interessiert die Wähler kaum. Wichtig sind atmosphä-

rische Botschaften, wichtig ist, ob im Geräusch der Debatten so etwas wie eine Hauptmelodie hörbar wird. In Wiesbaden bestand diese Melodie aus der Variation eines biedereren Dreiklanges: Wir wollen die Macht, weil wir die Besseren sind; wir versprechen euch nicht das Blaue vom Himmel, weil die Zeiten nicht danach sind; wir behelligen euch nicht mit den Qualen, die wir in den Tiefen unserer sozialdemokratischen Psyche zu erleiden haben.

„Also habe ich zu Beginn an Euch eine Bitte“, rief Scharping in Wiesbaden den Delegierten zu, „daß uns bei jeder einzelnen Entscheidung bewußt bleibt, daß wir hier nicht wortreiche und folgenlose Oppositionspolitik formulieren, sondern die Grundlagen dafür legen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland regieren kann und regieren soll.“ Wortreiche und folgenlose Oppositionspolitik – diese Formulierung enthält auch ein vernichtendes Urteil über den Weg der SPD seit ihrem Machtverlust im Jahre 1982. Das heißt, die Erneuerung der Partei in der Opposition ist gescheitert. In Wiesbaden war ein geradezu ängstliches Bemühen zu verspüren, die Erinnerung an jenes gerade erst abgeschlossene historische Kapitel zu verdrängen. Unter dem Cantus firmus der neuen Nüchternheit und des neuen Realismus waren andere Klänge fast verstummt. Das Parteitagsprotokoll könnte erweisen, daß der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ nie gefallen ist, jedenfalls hat ihn keiner der Hauptredner in den Mund genommen. Und ebensowenig war etwas zu hören von den „neuen sozialen Bewegungen“ oder von der „multikulturellen Gesellschaft“. Zwar bekräftigten die Sozialdemokraten ihr Nein zur Kernenergie, und sie wollen weiterhin die Ökologisierung der Marktwirtschaft. Doch Hauptbotschaften einer „neuen SPD“, wie sie sich in den achtziger Jahren darstellte, sind das heute nicht mehr.

Mit einer ganz anderen Botschaft eröffnete Scharping den Wiesbadener Kongreß. Gleich der Anfang seiner Rede führte zum Kern seines strategischen Kalküls: „Wir hatten im Parteivorstand im Ollenhauer-Haus Gäste aus der Stahlindustrie, Bergleute, wir haben mit den Kumpeln von der Kali-Industrie und mit vielen anderen geredet. Manche haben gefragt: Ist es denn wirklich gut, wenn sich die SPD und sogar ihr Vorsitzender mit denjenigen trifft, die aus Krisenbranchen

kommen? Ich will dazu nur einen einzigen Satz sagen: Wir müssen uns in unserer gesamten politischen Praxis, auch auf diesem Parteitag, immer klarmachen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der arbeitenden Menschen ernst nimmt, sich ihnen zuwendet, die Arbeitslosigkeit überwinden und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen will.“ Die Bindungen der Partei an ihre traditionelle Klientel sollen neu gefestigt werden, sie soll wieder glaubwürdig als Schutzmacht der kleinen Leute, der Modernisierungsverlierer auftreten, damit diese nicht zum gesellschaftlichen Nährboden der Rechtsradikalen werden. Die alten, ursprünglichen Quellen sozialdemokratischer Kraft sprudeln im Fortschreiten der gesellschaftlichen Modernisierung zwar immer schwächer, doch kann die SPD nach Scharpings Überzeugung ohne sie nicht existieren. Er hält es für falsch und gefährlich, die alte SPD-Anhängerschaft zu vernachlässigen und statt dessen lieber mit den Grünen um politische Zustimmung bei den ökologisch sensibilisierten neuen Mittelschichten zu konkurrieren.

Neue Wählerpotentiale für die SPD sieht Scharping eher im Bürger- und Kleinbürgertum, bei enttäuschten Anhängern der Union und bei jenen, die 1982 der sozialliberalen Koalition den Rücken gekehrt hatten. Letztere will er mit dem Versprechen, die Staatsfinanzen zu sanieren, zurückholen. Und der Einbruch ins Stammlager der Union soll dadurch gelingen, daß sich die SPD als Partei der inneren Sicherheit profiliert. Begleitet wird das von ostentativen Bemühungen, kulturelle Berührungspunkte bei bisher den Sozialdemokraten fernstehenden Wählerschichten abzubauen. Es ist aufgefallen, wie freundlich Scharping mit den Katholiken umgeht. Das Verhältnis zwischen SPD und katholischer Kirche bezeichnet er als „unverkrampt, kooperativ sowie von gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigem Respekt gekennzeichnet“. Zwar nennt er die katholische Sexualmoral „etwas verstaubt“ – und spricht damit vielen Katholiken aus dem Herzen –, doch bleibt er weit unter dem in seiner Partei in dieser Frage üblichen Empörungssoll.

Rückbesinnung auf die sozialdemokratischen Wurzeln und Kampf um die Mitte – nach dieser Formel also will Scharping die Wahlschlacht im Herbst gewinnen. Das Bemerkenswerteste daran ist, daß sich die Partei dem offenbar fügt. Es ging in Wiesbaden bei keinem der großen Themen wie Wirtschafts-, Sozial-, Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik ohne Streit ab. Bedeutende Minderheiten stemmten sich jeweils gegen die Linie der Führung, und in der Frage des „großen Lauschangriffs“ hätte die Entscheidung nicht knapper ausgehen können – da bestand wirklich die Gefahr einer schweren Beschädigung Scharpings. Doch

sind aus dem Streit Entscheidungen gefolgt, und es ist dem Parteitag gelungen, ihn so zu führen, daß nicht der Eindruck lähmender innerer Zerrissenheit zurückblieb.

Entschieden ist auch die Führungsfrage in der SPD. Der affären-bedingte Rücktritt Björn Engholms Anfang Mai hatte die Partei in eine ihrer tiefsten Krisen gestürzt. In Schleswig-Holstein, dem Schauplatz jener für die Sozialdemokraten demütigenden Vorgänge im zweiten Akt der Barschel-Pfeiffer-Affäre, fühlte sich die Parteibasis von der Führung hinters Licht geführt. Gerade war Engholm noch mit klassenkämpferischen Parolen durchs Land gezogen, jetzt gab er zu, gelogen zu haben. Niemand trat auf den Plan, der schockierten Partei wieder Halt und Perspektive zu geben. Zwischen den „Enkeln“ entbrannte ein Machtkampf um den Parteivorsitz. Es war eine kluge Entscheidung des Interimsvorsitzenden Rau und des Vorstandes, in dieser katastrophalen Lage den neuen Weg einer Mitgliederbefragung zu beschreiten. Damit konnte die verzagte Partei mobilisiert und die Stellung des quasi plebiszitär bestimmten Vorsitzenden – Scharping errang eine deutliche relative Mehrheit vor Gerhard Schröder und Heidi Wiecek-Zeul – gefestigt werden. Das letzte Wort hat laut Satzung zwar immer noch der Parteitag, doch der konnte Ende Juni in Bonn das Votum der Mitglieder nur noch absegnen.

Unerwartet hoch war die Beteiligung an der Befragung: 57 Prozent der SPD-Mitglieder gaben ihre Stimme ab. Die Sozialdemokraten haben das als strahlenden Erfolg gefeiert. Vorsorglich hatte die Führung die Erwartungen an die Wahlbeteiligung immer wieder gedämpft. Schon 15 Prozent sollten als Erfolg ausgegeben werden. Um so strahlender erschien das tatsächlich erreichte Ergebnis. Es beflügelte auch die Bemühungen um eine organisatorische Parteireform, um die Öffnung der SPD und das Aufbrechen verkrusteter Funktionsstrukturen. Der Wiesbadener Parteitag akzeptierte weitgehende Änderungen des Organisationsstatuts, die einer Teilentmachtung der bisher tonangebenden Schicht der Funktionäre und Delegierten gleichkommen. Nichtmitglieder können jetzt in Arbeitsgruppen der SPD mitwirken, und es wurde die Möglichkeit eines Mitgliederentscheids eingeführt, der verbindlich für die Parteigremien der entsprechenden Organisationsebenen ist und der von den Parteitagen nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann. Auch die Urwahl des Kanzlerkandidaten ist jetzt im Statut als Möglichkeit vorgesehen. Wo die Konfliktlinien in diesen Organisationsfragen verlaufen, zeigte sich daran, daß der Parteivorstand beim Parteitag mit der Forderung nach der Einführung auch einer „konsultativen Mitgliederbefragung“ nicht durchdrang. Hier be-

fürchteten die Delegierten, die Parteiführung könnte sich in umstrittenen politischen Fragen je nach Bedarf Rückhalt bei der Basis verschaffen, ohne förmliche Beschlüsse herbeizuführen, und so Parteigremien und Funktionäre zu umgehen suchen.

Ob sich die Art und Weise innerparteilicher Willensbildung durch diese Organisationsreform in dem Sinne zum Besseren verändert, daß der Einfluß gesinnungsstarker Funktionäre zurückgeschnitten wird, ob sich die Hoffnungen erfüllen, auf diesem Wege könne dem Legitimationsverlust der Parteien, könne der Parteiverdrossenheit überhaupt entgegengewirkt werden, bleibt abzuwarten. Scharping und damit das von ihm verkörperte Projekt einer politischen Entschlackung der SPD wären wohl kaum zum Zuge gekommen, wenn die Mitgliederbefragung nicht dem Parteitag die Entscheidung über den Vorsitzenden diktiert hätte. Der behäbige Rheinland-Pfälzer, der auch ein gewiefter Machtpolitiker ist, nutzte seine Chance und klärte die Verhältnisse auch an der Parteispitze. Er zähmte Lafontaine und baute ihn gleichzeitig als „den Stellvertreter“ auf, der als wirtschaftspolitischer Vordenker aus der Riege der stellvertretenden Parteivorsitzenden herausgehoben ist, aber kaum mehr den Eindruck erwecken kann, er sei der eigentlich mächtige Mann, nachdem er seine für Sozialdemokraten provokativen Äußerungen über den Zusammenhang von Produktivität und Einkommen in den neuen Ländern zurücknehmen und sich entschuldigen mußte. Er wurde gefeiert und zugleich auf seinen Platz verwiesen.

Ist die SPD also fit fürs Superwahljahr? Auf welchen Feldern der Politik werden die Wahlkämpfe dieses Jahres ausgetragen werden? Wo liegt der Stoff für grundsätzliche, auch symbolische Kontroversen zwischen den Parteien, vor allem zwischen den beiden großen Volksparteien?

Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik angeht, ist in der SPD das Vertrauen in traditionelle sozialdemokratische Konzepte schal geworden. Lafontaine stellt nüchtern fest, daß nirgendwo in Europa regierende Sozialdemokraten erfolgreich seien bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Keynes ist zu den Akten gelegt. Von staatlich finanzierten Arbeitsbeschaffungsprogrammen ist nicht mehr die Rede, statt dessen von der Kürzung konsumptiver Staatsausgaben und vom Abbau der Staatsschulden. Zwar kann die Regierungskoalition mit Recht kritisieren, es bleibe schemenhaft, was sich hinter so schönen Begriffen wie „nationaler Beschäftigungspakt“ und „Industriepolitik“ verberge. Gleichwohl wird es für sie nicht einfach werden, die Sozialdemokraten in der Standortdis-

kussion in die Defensive zu drängen. Die Union hat Rücksicht zu nehmen auf den auch in ihren Reihen verbreiteten mentalen Sozialdemokratismus, der gegen die Rhetorik von den Selbstheilungskräften des Marktes um so mehr aufbegehren wird, als sich diese Selbstheilung als weit jenseits des Wahltermins nur in weiter Ferne zu hörende Zukunftsmusik erweist.

Beim Thema innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung zeigt es sich schon jetzt, daß sich Union und SPD näher stehen als Union und FDP. Zwar akzeptiert die SPD nur zähneknirschend die Möglichkeit des Abhörens privater Wohnungen. Doch hat sie alles in allem die Lektion gelernt, daß Kriminalität nicht etwas ist, was zuvörderst „die Reichen“ bedroht, sondern gerade jene kleinen Leute ängstigt, deren Schutzmacht die SPD sein will.

Es bleibt die Außenpolitik. Da bieten die Sozialdemokraten eine offene Flanke. Unentschlossen schwanken sie zwischen der Befestigung der bestehenden westlichen Integrationssysteme und den vagen Konturen einer „Neuen Ostpolitik“. Bezeichnend ist der Passus über die Nato im Parteitagsbeschuß: „Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat die Nato als westliches Verteidigungsbündnis an Bedeutung verloren. Bis zur vollen Wirksamkeit eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Basis der KSZE sollte die Nato eine wichtige stabilisierende sicherheitspolitische Rolle wahrnehmen.“ Vergeblich warb der Fraktionsvorsitzende Klose dafür, den Eindruck zu vermeiden, die SPD betrachte die Nato, das einzige funktionierende Sicherheitsbündnis, als auslaufendes Modell. Seine Warnung, Deutschland dürfe sich nicht aus dem Prozeß einer Neudefinition des Nato-Auftrages ausklinken, weil es so auf einen gefährlichen Sonderweg gedrängt werde, verhallen im Wind. Vergeblich auch sein Plädoyer für die volle Wahrnehmung der Pflichten, die Deutschland aus seiner UN-Mitgliedschaft erwachsen. Mehr als friedenserhaltende Blauhelmeinsätze, die allerdings inzwischen als so „robust“ erachtet werden, daß die Bundeswehrsoldaten ihren Auftrag nötigenfalls auch mit Waffengewalt verteidigen können sollen, wollen die Sozialdemokraten nicht akzeptieren. Das läßt das hohe Lied, das sie auf die Vereinten Nationen als zentrale Instanz globaler Sicherheit anstimmen, unglauwbüdig klingen.

Gleichwohl braucht die SPD sich keine Sorgen zu machen, die Koalitionsparteien könnten sie auf dem Felde der Außenpolitik unter der Parole „Regierungsunfähigkeit“ vor sich hertreiben. Dieses Thema wird nicht wahlentscheidend werden. Kohl und Kinkel wären nur dann versucht, auf diesem

Felde die Entscheidung zu suchen, wenn sie selbst eine überzeugende deutsche Außenpolitik aus einem Guß vorweisen könnten. Sie können es nicht.

Es wird immer deutlicher, daß die beiden Großen sich aufeinander zubewegen. Es riecht nach Großer Koalition, und vielleicht ist ja am Wahlabend rechnerisch keine andere Möglichkeit gegeben. Die Hindernisse für ein solches Bündnis sind nach dem Scharpingschen Kurswechsel der SPD kleiner geworden. Die rot-grüne Perspektive dagegen ist verblaßt.

Das Verhältnis zwischen SPD und Grünen ist frostig geworden. Auf beiden Seiten schwindet der Glaube, sie seien quasi natürliche Bündnispartner einer sozial-ökologischen Mehrheit links von der Mitte. Auf beiden Seiten werden die Abwehrreflexe stärker. Das zeigten die gescheiterten Koalitionsverhandlungen in Hamburg, das erweist sich an der Eiseskälte, die inzwischen in der niedersächsischen rot-grünen Koalition herrscht, das bestätigte sich in den scharfen anti-sozialdemokratischen Tönen, welche den letzten Bundeskongreß der Grünen beherrschten.

Die Alternativ-Partei hat inzwischen eine stabile Stammwählerschaft, die sich durch grünliche SPD-Politik nicht abwerben läßt. Die SPD aber verliert traditionelle Wähler, wenn sie sich auf das rot-grüne Politik-Modell einläßt. Die Erwartung der SPD-Modernisierer der achtziger Jahre, die Sozialdemokratie könne die Grünen überflüssig machen und in eine parlamentarisch dauernd gefährdete Randexistenz drängen, indem sie selbst die grünen Themen besetze, hat getrogen. Jetzt spotten manche grünen Politiker schon, sie hätten sich immer gewundert, warum die Roten unbedingt grün werden wollten; Rot-Grün sei doch immer als Arbeitsteilung gedacht gewesen.

In den Überlegungen der Grünen spielt das Hervorkehren der Eigenständigkeit gegenüber der SPD eine immer größere Rolle, und dies nicht nur im Sinne des Festhaltens an einer bestimmten „Identität“, die sich etwa im Beharren auf einem Fundamentalpazifismus zeigt. Der Vorstandssprecher Ludger Volmer fordert, seine Partei dürfe nicht zur bloßen Mehrheitsbeschafferin einer Politik des kleineren Übels werden: „Wenn wir in die Regierung gehen, dann, um gründlich zu reformieren. Wir haben kein Interesse, unsere Rolle als Hoffnungsträger zu verspielen.“ Ihm schwebt ein „gesellschaftliches Bündnis“ zwischen den an weiterem materiellen Wohlstandszuwachs nicht sonderlich interessierten neuen Mittelschichten – der Wählerbasis der Grünen – und den nach wie vor Unterprivilegierten vor, um die sich gefälligst die SPD zu kümmern habe. Jenes Bündnis solle dann den „ungenutzten Reichtum“ des oberen Drittels der Gesellschaft für die sozial-ökologische Wende mobilisieren – notfalls durch eine Zwangsanleihe.

Auf dem Wege des grünen Fortschritts bliebe der SPD die Rolle eines Betriebsrates. In dem Pakt zwischen postmaterieller Mittelschicht und alter Unterschicht wären die Grünen für die Zukunft, die Sozialdemokraten aber für die Erblasten der Vergangenheit zuständig, das heißt, sie hätten denjenigen, die heute Arbeit und Wohnung suchen, zu erklären, warum der Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum langfristig doch in ihrem Interesse liege.

In der Scharping-SPD wächst die Einsicht, daß ein solches Bündnis zur politischen Falle für die Partei würde. Das heißt auch, daß zur Zeit machstrategisches Denken die Oberhand über Gesinnungen gewonnen hat. Zurück zur Mitte heißt die Parole, der die SPD (zähne-)knirschend folgt.

Die F.D.P. am Scheideweg

Wenn im Oktober 1994 der 13. Deutsche Bundestag gewählt werden wird, feiert die Freie Demokratische Partei ein in der Geschichte Deutschlands seltenes Jubiläum: Seit 25 Jahren stellen die Liberalen ununterbrochen den Juniorpartner in einer Bundesregierung.

Erheblich wachsende politische Defizite, die sich im parteipolitischen Alltag durch programmatischen Verschleiß und personelle Durchschnittlichkeit ausdrücken, sind die Schattenseite dieser rein quantitativen Erfolgsmeldung. Das permanente angstvolle Schielen auf die demoskopisch vermittelte Sympathie im Volk hat die F.D.P. ohne Zweifel paralytisch. Lange Zeit verdeckte die Führungspersönlichkeit Hans-Dietrich Genschers die Probleme. Die Arbeitsteilung, die den Außenminister auch mit Parteichef Graf Lambsdorff zusammenarbeiten ließ, funktionierte halbwegs verlässlich. Damals kooperierten liberale Individualisten, weil sie ein gemeinsames Ziel hatten: die F.D.P. in der Regierung zu profilieren und gegen die Union Akzente durchzusetzen.

Diese Zeiten sind spätestens mit dem Rücktritt Hans-Dietrich Genschers vorbei, wobei er unglücklich mit dem politischen Abschied Otto Graf Lambsdorffs als Parteivorsitzender und schließlich auch mit den bis zum Rückzug führenden Affären Wirtschaftsminister Müllemanns kollidierte. Genschers Minister-Nachfolger und Träger des Lambsdorff-Erbes wurde mit Klaus Kinkel ein engagierter Jurist, ohne großen außenpolitischen Konzeptionsgeist und innenpolitischen Durchsetzungswillen. Ein solcher Mann, gerade mal seit zwei Jahren in Besitz eines liberalen Parteibuches und erklärtermaßen ohne jegliche Kenntnis des liberalen Innenlebens, ist für die Basis einer bis hin zur Koalitionsfrage zerstrittenen Partei zudem eine ideale Zielscheibe für Querschüsse von Querdenkern oder Querulanten.

Die Notwendigkeit einer gründlichen Auseinandersetzung mit den Liberalen ist also gegeben, ohne gleich ihr Sterbeglöcklein¹ zu läuten. Angesichts einer kaum noch überbietbaren politischen Verdrossenheit in der bundesrepublikanischen Wählerschaft darf man allerdings die tiefreichenden Ursachen des deutlichen politischen Nieder-

gangs, den viele schon als Verfall wahrnehmen, nicht ignorieren. Schlaglichtartig läßt sich die liberale Misere an folgenden Thesen verdeutlichen:

1. Die Liberalen haben im geeinten Deutschland ihr Selbstverständnis als bloße wirtschaftsliberale Interessenvertretung fortentwickelt, anstatt sich einem inneren Regenerationsprozeß zu unterziehen und sich den neuen, vor allen Dingen sozialen Herausforderungen anzupassen.

Die reine wirtschaftliche Interessenvertretung war während der Zeit des Kalten Krieges und des ständigen Gefühls der Außenbedrohung reizvoll und attraktiv. Der Kampf um Ausbau und Verteidigung des Wohlstandes war wesentlich ein Kampf gegen sozialistisch fundiertes Gedankengut.

Im Zeichen einer tatsächlich völlig offenen Daseinsbestimmung des deutschen Staates während der Nachwehen der 68er-Bewegung gab die Partei immerhin die Antwort eines sozialliberalen Selbstverständnisses, wobei die Interessenvertretung der Ökonomie immer Vorrang hatte, wie beispielsweise Altbundeskanzler Helmut Schmidt berichtet². Die acht Jahre der sozialliberalen Koalition nach dem Rücktritt Brandts 1974 nutzte vor allem Hans-Dietrich Genscher zu Profilierungsübungen, die der Philosophie folgten, daß man Experimente am besten verhindern kann, wenn man sich mit dessen möglichen Verursachern an einen Kabinetttisch setzt.

Dieses koalitions-distanzierte Selbstverständnis war während des harmonischen Einstiegs in die christlich-liberale Koalition zunächst obsolet. Man stigmatisierte aber schnell auf der konservativen Seite die Angehörigen des CDU-Arbeitnehmerflügels als Gegner der liberalen Marktwirtschaft, um inner-koalitionäres Profil zu gewinnen. Nicht nur die SPD, auch weite Teile der Union wurden zur Gewerkschaftspartei erklärt. Stärker kehrt dieses Muster der Auseinandersetzung vor allem in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die mit der Einheit begonnen haben, zurück.

Feststellbar ist, daß die Partei die deutsche Einheit als Chance zur internen Neubestimmung vertan hat. Anstatt die fundamental neue deutsche Geometrie zu analysieren und Konsequenzen zu

¹ Vgl. Heribert Prantl, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 11. 1993.

² So der sozialdemokratische Altbundeskanzler in mehreren Publikationen nach dem Ausscheiden aus seinem Amt.

ziehen, wurden weitgehend dieselben Lobbyisten-Floßkeln angeboten, die auch in der schwersten Krise seit 1945 die Politik für eine kleine Minderheit in den Vordergrund stellten.

Im Huckepack des Koalitionspartners CDU/CSU besänftigten die Spitzenliberalen – abgesehen von Hans-Dietrich Genscher, der die ebenso banale wie schmerzlich zutreffende Formel „Nichts wird mehr so sein, wie es mal war“ prägte – ihre Klientel mit jener psychologisch und politisch verhängnisvollen Fehleinschätzung, die deutsche Einheit könne „aus der Portokasse“ finanziert werden. Es zeigt sich, daß mit wachsender Zahl an Regierungsjahren der Opportunismus immer stärker dominierte, der darauf abzielt, einen Koalitionsbruch zu vermeiden.

Neben der Chance zur politischen Reform wurde auch die Möglichkeit der organisatorischen Neubesinnung auf dem Einigungsparteitag in Hannover 1990 vertan. Dort war die Parteispitze bemüht, die Emanzipationsbemühungen der ostdeutschen Liberalen – sie stellen in ihrer Mitgliederzahl die Mehrheit – durch Satzungsreformen zurückzudrängen. Dieser Abwehrkampf umschloß auch jene von ostdeutschen Liberalen begonnenen Debatten, die wesentlich stärker die Interessenvertretung der Ost-Bundesländer in den Vordergrund stellten. Automatisch hätten solche Auseinandersetzungen den Liberalen den Charakter sozialer Interessenvertretungen zurückgegeben. Diese Diskussion wurde aber auch später in den Spitzengremien beinahe angstvoll vermieden.

Die Partei stellte sich also unter den Primat der Regierungsvernunft, die schon frühzeitig an die Unions-Ratio angenähert wurde: Einheitsbedingte politische Gewichtsverschiebungen und Neuorientierungen mußten um den Preis der künftigen politischen Gemeinsamkeit in jedem Fall vermieden werden. Die „Rolle des Anwalts für den Osten“ wurde geschickt – mit Einwilligung der emotional hochgradig engagierten Betroffenen – auf Einzelpersonen verlagert. Hans-Dietrich Genscher geriet nach seinem Rücktritt in die Rolle des Einzelkämpfers. Niemand hat sich mehr als der geborene Hallenser gewundert, wie schnell man selbst als Polit-Prominenter vergessen wird, wenn man in diese unbequeme Funktion gedrängt wird. Die deutsche Einheit hätte der F.D.P. die Chance eröffnet, die Option zu einer sozialen und liberalen Kraft zurückzuerobern, ohne die wert- und strukturkonservative Basis zu verlassen. Wenn die Parteispitze diese Möglichkeit, die immerhin die Option auf politische Öffnung nach allen Seiten mit sich gebracht hätte, überhaupt erkannt hat, hat sie sie leichtsinnig verspielt. Daraus ergibt sich eine zweite These:

2. Die Partei hat den Anschluß an die Auseinandersetzung liberaler Eliten verloren.

Die F.D.P. hat sich mit einem zumindest in den letzten Jahren zunehmend technokratischeren Politikverständnis von einer breiten Programmdiskussion verabschiedet. Wesentlich wichtiger freilich ist die Abnabelung von den aktuellen, von liberalen Geistern getragenen Diskussionen, die die letzten Jahre geprägt haben und die an der F.D.P. weitgehend spurlos vorbeigegangen sind.

Ein einprägsames Beispiel ist jene von Bundespräsident von Weizsäcker entfachte Diskussion um den Parteienstaat³, deren intellektueller Reflex innerhalb der Partei eher ärmlich war. Die Parteispitze setzte sich nicht mit den Kernpunkten der Kritik auseinander, sondern übte sich in Verteidigungsreden gegen pauschale Verdammungen durch das Staatsoberhaupt. Müde geworden durch mehr als zwei Jahrzehnte Bonner Dauerkoalition, begriff man die Einlassungen des Staatsoberhauptes nicht als zwar schmerzhaften, möglicherweise überzogenen, aber in jedem Fall notwendigen Nadelstich, um aus einer lange währenden Lethargie zu erwachen. Die F.D.P. lieferte keinen einzigen nennenswerten Beitrag zur Diskussion – ganz anders als beispielsweise der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers⁴.

Im Gegenteil: Anstatt sich als problemorientierte Partei zu präsentieren, orientierte man sich an der Marschroute, die da lautete: die Kritik des Präsidenten niedriger hängen. In der vor allem vom Koalitionspartner CDU begonnenen, in den Wahlkampf hineinreichenden Wertedebatte⁵ spielt die F.D.P. allenfalls insoweit eine Rolle, als sie unter dem Gesichtspunkt eines effizient funktionierenden Wirtschaftsliberalismus geführt wird. Diesem Wertestreit stellte sich auch der neue Parteivorsitzende Kinkel nur unzureichend, wenn er auf dem Münsteraner Parteitag der F.D.P. der Diskussion entgegengesetzte, die Deutschen seien eine „Urlaubsgesellschaft“. Dieser kritische Impuls wurde – auch im Vergleich zur Äußerung des Kanzlers über die deutsche Freizeitgesellschaft – kaum noch wahrgenommen.

Auch bei der Grundsatzauseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik hat die Partei die geistige Vorreiterrolle weitgehend abgegeben. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte erstmals im Jahr 1991

3 Vgl. Werner A. Perger/Gunter Hofmann, Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt 1992.

4 Vgl. Jürgen Rüttgers, Dinosaurier der Demokratie, Hamburg 1993.

5 Vgl. vor allem die Normenaspekte in dem Rechenschaftsbericht von Wolfgang Schäuble vor dem Berliner CDU-Bundestag.

darauf hingewiesen, daß man – bedingt durch Geburtenrückgänge – an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit nach dem Jahr 2000 denken müsse. Die Debatte der letzten Monate um eine Viertagewoche begriff die Partei rein technokratisch. Man müsse die Materie branchendifferenziert beurteilen. Die Chance einer grundsätzlichen Debatte um den Abbau von Arbeitslosigkeit durch die Neuverteilung vorhandener Arbeit begriff die F.D.P. allenfalls unzureichend. Die Kette verpaßter Debattenbeiträge ist lang.

Um so umfangreicher wird die Liste jener Themen werden, in denen sich die F.D.P. in den nächsten Jahren an neuen Bündnispartnern wird orientieren müssen, die ihre Programmdiskussion energischer vorangetrieben haben. Die ökologische Steuerreform gilt unter Liberalen als Schimpfwort – trotz amerikanischer Bestrebungen und brillanter Nachweise der Notwendigkeit intensiven Nachdenkens über den Schutz der Umwelt auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung⁶. Die Kompetenz für den Kampf gegen den im internationalen Vergleich immer bedrohlicheren Technologierückstand Deutschlands mit all seinen arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Konsequenzen hat sich die Partei schon in den letzten Monaten des Vorsitzenden Lambsdorff aus der Hand schlagen lassen und sie an die Union⁷ beziehungsweise – aus ihrer Sicht paradoxerweise – an die SPD abgegeben⁸.

Auch die Chance einer umfassenden Grundgesetzreform – und damit ein klassisches Anliegen einer Verfassungspartei – aus Anlaß der deutschen Einheit hat die Partei mitverspielt. Wenn sie ein ernstes Interesse gehabt hätte, wären ihre Mitglieder der Verfassungskommission wesentlich entschiedener gegenüber dem eigenen Koalitionspartner CDU/CSU für grundsätzliche Änderungen eingetreten.

Gerade der letzte Teilaspekt zeigt: Die F.D.P. unterschätzt das liberale Potential innerhalb der Gesellschaft. Dies gilt nicht nur für den Bundespräsidenten, der als CDU-Mitglied zum liberalen Vordenker der Republik, nicht aber der Liberalen Partei geworden ist. Kleine, aber durchaus beachtenswerte Impulse innerhalb des Bündnis 90/Die Grünen, die sich verstärkt nach dem Neumünsteraner Schisma-Parteitag unter der Abtrennung vom Fundamentalisten-Flügel der Grünen entwickelten, fanden in der Partei keine Widerspiege-

lung. Die Beiträge des liberalen Flügels der CDU, die sich mit den Namen Heiner Geißler oder Friedbert Pflüger verbinden lassen, werden als Problem innerhalb des Koalitionspartners CDU/CSU taktisch ausgeschlachtet und damit ignoriert, anstatt sie als Chance für das Grundanliegen der F.D.P. zu begreifen.

Die erklärte Passivität und Politikverdrossenheit der Intellektuellen paßt der Parteiführung um Klaus Kinkel nicht eben schlecht ins Konzept. Nichts wäre für die F.D.P. schlimmer als eine offene Ablehnung durch geistige Eliten. Die F.D.P. verbirgt sich zur Zeit gut geschützt hinter der politischen Durchschnittlichkeit.

3. Die F.D.P. verliert Domänen: Die hohen Sympathiewerte, die die Partei durch außenpolitische Kompetenz gewonnen hatte, sind weitgehend verbraucht.

Das außenpolitische Feld verleitet wie kein anderes zu Fehlbeurteilungen. Der im Mai 1992 ausgeschiedene Hans-Dietrich Genscher galt und gilt in der Erinnerung der Menschen als ein Teil des deutschen Architekten-Duos der Einheit. Liebevoll wird seine weltpolitische Leistung allseits gewürdigt.

Tatsächlich fand der Liberale Klaus Kinkel am 23. Mai 1992 bei seiner Amtsübernahme ein politisches Erbe vor, das jedem Testamentsvollstrecker Schwierigkeiten bereitet hätte. Genscher hatte – teilweise im Wissen um seinen nahen Rücktritt – seinen Amtsnachfolger in ein Geflecht bilateraler Kontakte gezwängt, die nicht erfüllt werden konnten. Der Außenminister, dessen Schaffenskraft mit der Realisierung der deutschen Einheit offensichtlich erschöpft war, hinterließ eine Vielzahl von Problemen. Stichworte: deutsch-türkische Beziehungen, Verhältnis zu Asien und vor allem zu China, Deutschlands Rolle in der Welt und die unter Genscher vehement bekämpfte Kandidatur für den UN-Sicherheitsratssitz und die deutsche Rolle im Balkan-Konflikt. Genscher übergab seinem Nachfolger kein Chaos, wohl aber einen unübersehbaren Problemhügel, der durch die neue Unübersichtlichkeit nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, den Zusammenbruch des Kommunismus sowie regionale und nationalistische Konflikte zum Problemberg wurde.

Die Kinkel-Ära läßt sich deutlich in zwei Phasen unterscheiden: einen relativ ruhigen ersten Abschnitt bis zu seiner Wahl als Parteivorsitzender im Juni des Jahres 1993 und eine zweite Phase, die durch beinahe permanenten innenpolitischen Streit innerhalb der Koalition gekennzeichnet war. In beiden Phasen gab der Außenminister – sehr zum Ärger seiner Spitzendiplomaten, die sich teilweise ins Ausland versetzen ließen – häufig genug

6 Vgl. Al Gore, Wege zum Gleichgewicht, Frankfurt 1992.

7 In der Debatte bleibt unberücksichtigt, daß der kurzzeitige Forschungsminister Matthias Wissmann eine zentrale Rolle in der Strategie hatte, technologische Kompetenz für die Union zurückzuholen.

8 Vgl. die Rede von Rudolf Scharping vor dem Wiesbadener Parteitag der SPD.

um der Koalitionsrason wegen nach, um sich auf anderen Schlachtfeldern völlig überzogen ins Gefecht zu werfen. Fast alle Kinkel-Kenner betonen Defizite des Außenministers. Er sei kein Vertreter konzeptionellen Denkens und habe insofern wenig vom Amtsvorgänger Hans-Dietrich Genscher. Seine Entscheidungen treffe er grundsätzlich „aus dem Bauch heraus“, wie es ein Vertrauter formulierte.

Die legitime Forderung nach einer vollen Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der UN-Charta durch Deutschland wird gepaart mit einem unverhohlenen Pochen auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das für einige der internationalen Partner Anlaß für kritische Gegenfragen ist, zumal der Außenminister die Forderungen mit lautstarkem Wehklagen über die durch die innenpolitische Opposition entstandenen Probleme eines „impotenten Zwerges“ verbindet.

Kinkel ist nicht Genscher, was in der F.D.P. bedauert wird. Wohl wird er aber an dem Altvater der Außenpolitik gemessen. Er verfolgt eine eher wirtschaftsorientierte Politik, die – ganz anders als das Vorgehen seines Vorgängers – den Terminus der im Zusammenhang mit dem internationalen Absicherungsprozeß der deutschen Einheit („Zwei-plus-Vier-Prozeß“) von Genscher geprägten „Verantwortungspolitik“ in eine engere deutsche „Interessenpolitik“ verwandelt. Kinkel öffnet für die deutsche Wirtschaft als letzter und nicht unbedeutendster Partner den gigantisch boomenden chinesischen Wirtschaftsraum. In Peking ficht er zugleich still gegen Menschenrechtsverletzungen und setzt sich mit erheblichem Erfolg für inhaftierte Demokraten ein.

4. In der für die Wähleridentifikation entscheidenden Frage der bürgerlichen und demokratischen Freiheitsrechte verliert die Partei an Ansehen.

Die Partei identifizierte sich zwar stets grundsätzlich mit dem linksliberalen Ansatz, die individuellen Freiheitsrechte weitgehend von staatlichen Eingriffen freizuhalten. Freilich kontrastierte die Tagespolitik auffallend zu dieser Grundsatzhaltung. In praktisch allen Feldern gab die F.D.P. ihren jeweiligen Koalitionspartnern in zentralen Fragen nach. Zu nennen wäre hier das Verhalten der Liberalen während und nach dem Terrorjahr 1977, in dem der F.D.P.-Innenminister Werner Maihofer eine – nach Ansicht auch der Befürworter der Anti-Terror-Gesetze – erhebliche Ausweitung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in Freiheitsrechte startete. Die liberalen Grundsätzen widersprechende Alltagspolitik setzte sich fort bis beispielsweise in die Asylpolitik oder die Kriminalitätsbekämpfung, bei der die F.D.P. unter öffentlichem Druck scheinweise Positionen preisgegeben hat.

In diesem Zusammenhang von großer Bedeutung ist die Ambivalenz bei der Auswahl der personellen Schlüsselfiguren im Kampf für den Liberalismus. Die Wahl der Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der F.D.P.-Fraktion war keine Bestätigung für eine qualifizierte Frau, sondern eine Anti-Wahl, um den Linksliberalen Burkhard Hirsch zu verhindern. Eignungskriterien gab es nicht. Dementsprechend unzufrieden ist die Fraktionsmehrheit mit der Ministerin, weil sie stillschweigend glaubte, eine beeinflussbare Vertreterin gewählt zu haben, was sich allerdings als Irrtum erwies.

Dieser für eine liberale Partei problematischen Situation liegt allerdings ein grundsätzliches Defizit zugrunde: Die F.D.P. hat sich in ihrer jüngeren Geschichte stets nachlässig mit dem Begriff „wehrhafter Staat“ auseinandergesetzt, beziehungsweise die Auseinandersetzung vor allem dem konservativen Regierungspartner überlassen, dessen CSU-Teil diesen Begriff sogar gegen die Liberalen instrumentalisierte.

Besonders deutlich wird diese Nachlässigkeit, die die Partei in die Defensive geführt hat, bei der Frage der Kriminalitätsbekämpfung. Staatliche Maßnahmen, die beispielsweise im italienischen Verständnis als linke und liberale Initiativen gelten, weil sie Bürger und Staat schützen, werden von den Freien Demokraten als unfein abgelehnt.

5. Das Profil der Partei in der Wirtschaftspolitik hat in den Jahren der christ-liberalen Koalition dramatisch abgenommen.

Dies hängt neben personellen unmittelbar mit operativen Fragen zusammen. Die Position des Wirtschaftsministers wird immer stärker durch die Zwänge des hochverschuldeten öffentlichen Haushalts bestimmt. Ein zweiter Faktor tritt hinzu: Wenn bis in das Jahr 1982 mit der Angst vor dem Gewerkschaftsstaat Stimmung gemacht wurde, so haben die Liberalen seitdem ein selten gekanntes Lobbyistentum stark werden lassen, das jede geradlinige politische Entscheidung schwer erreichbar oder gar unmöglich macht. Das jüngste Beispiel ist der Streit um die Neuregelung der Ladenschlußzeiten, die am eindeutigen Nein vor allem der Interessenvertreter des Mittelstandes aber auch der Gewerkschaften gescheitert ist.

Selbst bei der Wirtschaft genießt die Kompetenz der marktwirtschaftlichen Urenkel Erhards keinen besonders guten Ruf. Den verschiedenen F.D.P.-Wirtschaftsministern werden Konzeptionslosigkeit und mangelndes Durchsetzungsvermögen bei zentralen Fragen der Wirtschaftsreform nachgesagt.

6. Nicht nur die Qualität des Führungspersonals hat abgenommen. Auch die Entscheidungsstrukturen sind erkennbar schwerfälliger geworden. Es fehlt eine ordnende Hand.

Mehrere Faktoren spielen hier hinein. Klaus Kinkel ist durch seine Doppelrolle als Parteichef und Außenminister überlastet. In den Medien erscheint Generalsekretär Hoyer zu innenpolitischen Fragen häufiger als Kinkel. Die Parteiführung äußert sich relativ unkoordiniert zu vielen Sachfragen, droht beispielsweise mit Koalitionsbrüchen, ohne dies mit dem Vorsitzenden besprochen zu haben. Kinkel kommt in die beklemmende Situation, nicht als Bestimmungskraft, sondern als Korrektor parteiinterner Aussagen auftreten zu müssen.

Natürlich hängt dieser Umstand eng mit den Rahmenbedingungen der Wahl Kinkels zum Außenminister zusammen. Wenn ein Parteigremium eine Kandidatin vorschlägt, die aber im nächsten Wahlgang vor der Fraktion klar zugunsten Kinkels unterliegt, sind Voraussetzungen für eine abgestimmte F.D.P.-Politik nicht gegeben. Ein zweiter Hinderungsfaktor ist die Gestalt eines stark extrovertiert agierenden Ex-Wirtschaftsministers, der die Umstände seines Rücktrittes – nicht zuletzt bedingt auch durch heftige innerparteiliche Kritik – nicht verwunden hat und seinen nordrhein-westfälischen Landesverband massiv die Autorität des Parteivorsitzenden untergraben läßt.

Dieser Befund steht im krassen Gegensatz zu den klaren, autoritätsorientierten Konstellationen unter den Vorgängern Lambsdorff – der diese allerdings nach seiner langfristigen Ankündigung, er wolle nicht mehr kandidieren, nicht aufrechterhalten konnte – und Genscher, die die Lust am innerparteilichen Pluralismus erfolgreich bremsen konnten, um die Partei einerseits in der Koalitionsdisziplin zu halten, andererseits den Eindruck zu vermeiden, die F.D.P. fränse komplett aus.

Wie weit der Autoritätsverlust inzwischen gediehen ist, zeigt die Frage Kinkels an die Führungsgremien, ob er den Vorsitz weiter wahrnehmen solle. Auch seine wiederholten Äußerungen, er habe mit „der Faust auf den Tisch“ schlagen müssen, um die Rangordnung wiederherzustellen, zeigt, daß die Freie Demokratische Partei sich von klaren Führungsstrukturen immer weiter entfernt. In diesem Zusammenhang zählt auch, daß Kinkel zunehmend die Hilfe und tröstenden Worte seines Vorgängers Genscher in Anspruch nehmen muß⁹,

der innerparteilich immer noch eine Übervater-Rolle einnimmt und von dessen Wohlwollen Kinkel maßgebend abhängt.

Resümee:

Die Freien Demokraten haben im letzten Vierteljahrhundert in der Regierungsverantwortung zwei historische Funktionen erfüllt. Zusammen mit den Sozialdemokraten haben sie eine gesellschaftliche Reformbewegung und eine außenpolitische Öffnung mitinitiiert, deren Relevanz durch die deutsche Einheit auf der Hand liegt. Im christliberalen Kabinett haben sie maßgebend eine zunächst halbwegs durchgreifende wirtschaftliche Konsolidierung als Gegenreform eingeleitet und an führender Stelle die deutsche Einheit verwirklicht. In Vergessenheit geriet darüber die programmatische Neubestimmung der F.D.P.-Ziele vor allem im geeinten Deutschland. Die Partei hat sich zuletzt ohne große Perspektiven in der Politikverwaltung verschlossen.

Die Partei steht damit am Scheideweg: Sie hat die Möglichkeit, sich in der Regierung programmatisch neu zu besinnen, was allerdings ein Widerspruch in sich sein kann. Vorherrschende Tendenz in der Partei ist es nämlich, die Wertebestimmung an der Tagespolitik und damit auch an jenem strategischen Kalkül, das die Interessen des Regierungspartners mit einbezieht, zu orientieren.

Eine weitere Möglichkeit ist, den Regenerationsversuch in der Opposition zu wagen. Freilich ist auch dieser Weg risikobehaftet, denn die Annahme der Parteispitze, die F.D.P. könne außerhalb der Regierungsverantwortung in Vergessenheit geraten, scheint auf den ersten Blick nicht unbegründet.

Es gibt einen dritten, scheinbar attraktiven Weg, den die Partei gleichwohl meiden muß: Selbst vor dem eigenen, eher negativen Hintergrund bietet sich den Liberalen die Chance wachsender Verdrossenheit der Bürger über große Parteien. Das Kalkül einer „Augen-zu-und-durch“-Wahlstrategie mag kurzfristig Erfolge zu Lasten von CDU und SPD zeitigen, kann aber die Konsequenzen des defizitären programmatischen Reflexionsprozesses langfristig nicht übertünchen.

Die Liberalen müssen politische Attraktivität über das Jahr 2000 hinaus bieten. Nur aus einer gründlichen Auseinandersetzung mit der eigenen verstaubten Programmatik kann eine Partei erwachsen, die offen für alle sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimensionen und damit attraktiv für CDU, SPD und GRÜNE ist.

⁹ Bestes Beispiel ist ein flankierendes Interview Genschers mit dem Bonner General-Anzeiger vom 25. September 1993.

Die CSU vor einem schwierigen Spagat

Wohl selten hat ein kurzer Satz so sehr den Nerv der CSU getroffen wie die Feststellung eines Kommentators nach der deutschen Wiedervereinigung: Deutschland ist größer geworden, Bayern nicht. Für die CSU war damit das Kardinalproblem der Einheit auf einen knappen Nenner gebracht: Ihre Doppelrolle als Regionalpartei einerseits und als Bundespartei andererseits war auf einmal gefährdet. Jahrzehntlang hat sie diese Doppelrolle erfolgreich gespielt. Mit der bayerischen Hausmacht einer üppigen absoluten Mehrheit im Rücken hat sich die CSU entweder als Speerspitze der Opposition geriert, wie in den Zeiten der sozialliberalen Koalition, oder sie besaß eine Sperrminorität in der Regierung, die ständige Rücksichtnahme auf manche bayerischen Sonderwünsche erforderte.

Seit der deutschen Einheit ist es damit vorbei. Die CSU im größer gewordenen Deutschland lebt seither in der Gefahr, zu einer Regionalpartei abzusinken, weil ihr bundespolitischer Einfluß rein numerisch geschmälert ist. Alois Glück, der Fraktionschef im Münchner Landtag, hat dieses Dilemma in einem Strategiepapier vor zwei Jahren mit einem Schuß Wehmut offen beim Namen genannt: „Es ist eine gewisse Tragik der Geschichte, daß die Partei, die am Ziel der Wiedervereinigung am konsequentesten festgehalten hat, von dieser geschichtlichen Veränderung am meisten betroffen ist.“

Bei den Wahlen vor vier Jahren hat die CSU das schon deutlich zu spüren bekommen. Zwar hat sie ihre Heimatbastion Bayern bei der Landtagswahl 1990 erneut mit absoluter Mehrheit verteidigen können, aber in Bonn sind die bayerischen Unionschristen seither nur mehr das fünfte Rad am Wagen. In der Koalition hätten CDU und F.D.P. notfalls auch ohne die CSU eine Mehrheit im Parlament. Das Druck- und Drohpotential der Bayern ist damit entscheidend geschmälert.

I. Der gescheiterte Versuch einer bundesweiten Ausbreitung

Glaut man Schilderungen aus der CSU, so hat es vor der Einheitswahl 1990 für einen kurzen Moment die Chance gegeben, den bundespolitischen Einfluß der Partei durch eine begrenzte Ausweitung zu wahren. Bundeskanzler Helmut Kohl sei, der Anziehungskraft der einstigen Blockpartei

CDU im Osten unsicher, bereit gewesen, die Ausdehnung der CSU auf Sachsen und Thüringen zu dulden, um eine Mehrheit seiner bürgerlichen Koalition zu sichern. Ob das den Tatsachen entspricht oder eine politische Legende ist, werden später einmal die Historiker untersuchen. Auf jeden Fall kam es nicht dazu.

Statt dessen hat die CSU Geburtshilfe für ein Kunstprodukt geleistet. Die „Deutsche Soziale Union“ (DSU) sollte gewissermaßen als unbelastete Neugründung bürgerliche Wähler im Osten binden und gleichzeitig als CSU-Filiale unter anderem Namen firmieren. Das Experiment stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Nicht nur, daß das CSU-Mündel bei den Landtagswahlen in den neuen Ländern nur mickrige Ergebnisse erzielte. Zum Leidwesen der Münchner Mutter entwickelte der schwachbrüstige Zögling schon bald Expansionsgelüste nach Westen sowie einen starken Drall in eindeutig rechtsradikale Gefilde. Für die CSU war das Experiment ein teurer Fehlschlag.

Deshalb flackerte nach der Bundestagswahl 1990 immer wieder die Diskussion auf, unter eigener Flagge die bundesweite Ausdehnung der CSU zu wagen und damit den legendären Kreuther Trennungsbeschluß aus dem Jahr 1976 wieder aufleben zu lassen. Vor allem der populistisch begabte Münchner CSU-Bezirkschef Peter Gauweiler gehörte zu den Verfechtern einer bundesweiten CSU, auch der heutige Ministerpräsident Edmund Stoiber kokettierte eine Zeitlang mit dem Gedanken an eine Ausdehnung.

CSU-Chef Theo Waigel und Fraktionschef Alois Glück stemmten sich vehement und mit guten Argumenten gegen solche Planspiele. Bei einer Ausdehnung hätte die CSU im Parteienspektrum nur rechts von der CDU einen Platz gefunden, eine populistische Rechtspartei nach dem Strickmuster der österreichischen FPÖ von Jörg Haider. Gauweiler wäre das vermutlich ganz recht gewesen. Umgekehrt wäre die CDU nach Bayern einmarschiert und hätte die liberalen Teile der CSU aufgesogen. „Die Ausdehnung führt faktisch zur Spaltung der Partei“, schrieb Glück in seinem Strategiepapier von 1991.

Endgültig waren alle Träume von einer bundesweiten CSU ausgeträumt, als Helmut Kohl der CSU bei einem Gipfeltreffen im Mai 1991 im ehemaligen Kloster Irsee kräftig die Leviten las. In einer

denkwürdigen Sitzung machte Kohl damals unmißverständlich klar, wer der Chef im Unionshaus ist; die Expansionisten mit Gauweiler an der Spitze schwiegen kleinlaut.

Seither ist klar: Eine bundesweite Ausdehnung der CSU, ob unter fremdem oder unter eigenem Namen, ist endgültig und wohl für alle Zeiten gescheitert. Die CSU muß sich damit abfinden, daß sie ihren bundespolitischen Anspruch allein mit ihrem bayerischen Potential bestreiten muß. Eine Aufgabe, die immer schwerer wird, je mehr die Bindungswirkung der traditionellen Volksparteien zerfällt. Parteistrategisch bedeutet das für die CSU eine Konzentration aller Kräfte auf die Landtagswahl im Herbst 1994. Dieser Wahl, so zeichnet sich gegenwärtig schon ganz klar ab, werden alle anderen Ziele untergeordnet.

II. Der Machtkampf in der CSU und seine Folgen

Für die CSU war die erste Hälfte des vergangenen Jahres ein einziger Alptraum. Die quälende Diskussion um den Rücktritt von Ministerpräsident Max Streibl und der in der Parteigeschichte beispiellose Machtkampf um seine Nachfolge zwischen CSU-Chef Theo Waigel und seinem Vize Edmund Stoiber haben die Partei über Monate politisch gelähmt. In dem erbitterten Gerangel brachen lange verdrängte Konflikte auf.

Nach dem Tod von Franz Josef Strauß 1988 war in der auf Harmonie und Geschlossenheit getrimmten CSU Streibl ohne jede Diskussion zum neuen Regierungschef gekürt worden. Der Exponent des klerikal-konservativen Flügels hatte kühl und machtbewußt die Chance beim Schopf ergriffen und war als Stellvertreter sozusagen automatisch in die Staatskanzlei eingerückt. Ebenfalls ohne größere Diskussion wurde Theo Waigel neuer Parteichef. Voller Stolz auf sich selbst feierte die CSU den reibungslosen Wachwechsel als Beweis für ihre innere Harmonie und Geschlossenheit.

Ein Traum-Duo waren der mißtrauische Streibl und der schwerblütige Waigel allerdings von Anfang an nicht. Vornehmlich von Streibls Umgebung wurden gezielte Nadelstiche gegen den Tandempartner geführt, was in Bayern als „Nase-vorn“-Spiel in die politischen Annalen eingegangen ist. Dennoch ging zunächst alles gut. Der seriös wirkende, silberlockige Streibl schien die Idealbesetzung als Landesvater, der Kinderköpfe tätschelt und Weinköniginnen die Wange streichelt. 1990 holte die CSU mit Streibl an der Spitze bei der Landtagswahl erneut die absolute Mehrheit.

Doch schon bald zeigte sich, daß Streibl mit seinem reichlich biederen, festgefügt, konservativen Weltbild nicht die richtige Wahl war. Streibls Vorbild war nicht Strauß, sondern dessen Vorgänger Alfons Goppel, ein milder Patriarch, unter dessen Regentschaft die CSU 1974 mit 62 Prozent ein nie mehr erreichtes Wahlergebnis erzielte. Doch abgesehen von den persönlichen Schwächen Streibls, der nie die Volkstümlichkeit Goppels ausstrahlte: die Zeiten waren nicht danach. Während sich Streibls politische Vorstellungen darin erschöpften, daß am besten alles so bleiben sollte, wie es war, zogen auch im Boom-Land Bayern finstere Wolken am ökonomischen Horizont auf. Streibl wirkte als Ministerpräsident phantasielos und überfordert.

Die sogenannte „Amigo-Affäre“ um Gratisreisen auf Unternehmerkosten war nur der berühmte letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Schon zuvor leistete sich Streibl eine unendliche Kette von Pannen und Peinlichkeiten, die die CSU um ihre Wahlchancen für 1994 fürchten ließ. Mal warnte er vor Berlin als Hauptstadt, weil dann die Chaoten aus Kreuzberg das Sagen hätten, mal erregte die Meldung Aufsehen, Streibls Staatskanzlei lasse den möglichen Austritt Bayerns aus der Bundesrepublik prüfen. Streibl ging gegen kritische Journalisten vor, lobte den harten Polizeieinsatz beim Münchner Weltwirtschaftsgipfel als „bayerische Art“ und fehlte bei der spektakulären Münchner Lichterkette gegen Fremdenhaß, weil er lieber einen Weihnachtsmarkt in der Provinz einweihte.

Der Unwillen in der CSU über ihren Regierungschef war schon vor der „Amigo-Affäre“ mit Händen zu greifen. Längst war im Schatten Streibls und Waigels, und auch unbeachtet von den meisten Medien außerhalb Bayerns, Innenminister und Parteivize Edmund Stoiber zum starken Mann der CSU herangewachsen. Schon seit langem hatte sich Stoiber vom politischen Hardliner und persönlichen Minenhund von Strauß zur politischen Allzweckwaffe der CSU gemausert. Stoiber, der Mitte der achtziger Jahre einmal beinahe aus dem CSU-Vorstand gewählt worden wäre, so unbeliebt war er, hatte seine Position als Leiter der Grundsatzkommission genutzt, um sich an der Basis der CSU eine feste Verankerung zu schaffen. Während der mehrjährigen Diskussion um das im letzten Herbst verabschiedete neue Grundsatzprogramm reiste er unablässig übers Land und nahm an unzähligen Parteiveranstaltungen teil. Während Theo Waigel, gebunden durch sein strapaziöses Bonner Amt, irgendwo in der Welt unterwegs war, füllte Stoiber die Wirtshaussäle zwischen Aschaffenburg und Garmisch und vermittelte dem Parteivolk das Bild, stets präsent zu sein und ein offenes Ohr zu haben.

Außerdem avancierte Stoiber mit seiner Arbeitswut zum Liebling der Landtagsfraktion. Außerhalb Bayerns wird gerne übersehen, daß in der CSU die Landtagsfraktion das machtpolitische Rückgrat ist. Hier sitzen die meisten Kreisvorsitzenden der Partei, die meisten von ihnen direkt gewählte Abgeordnete mit ständiger Rückkopplung zur Parteibasis in ihrer jeweiligen Heimatregion. Es war die Landtagsfraktion, die seinerzeit den Alleingang von Franz Josef Strauß beim Flugbenzin stoppte; die Bonner CSU-Abgeordneten hatten den unvermittelbaren Plan bereits passieren lassen.

Das alles hätte Stoiber freilich nichts genützt, wenn Waigel rechtzeitig die Zügel in die Hand genommen und den Sturz Streibls selber gemanagt hätte. Statt dessen ließ Waigel die Dinge viele Wochen treiben und entschloß sich zu spät, selber Anspruch auf die Nachfolge Streibls zu erheben. Da waren in München aber die Karten schon längst anders gemischt.

Es gehört zu den groben Fehleinschätzungen, den Machtkampf zwischen Stoiber und Waigel, den Stoiber schließlich gewann, als Rechts-Links-Konflikt in der CSU zu sehen. Einerseits ist Stoiber nicht der Exponent des rechten Flügels, als der er von vielen vor allem außerhalb Bayerns immer noch hingestellt wird. Im Gegenteil, in den letzten Jahren hat Stoiber viele Akzente gesetzt, die im herkömmlichen Schema eher als links gelten müßten. Zum Beispiel seine Vorstöße zur Verbesserung des Mieterschutzes. Andererseits ist Waigel auch nicht der milde Liberale. In allen politischen Streitfragen hat Waigel immer die harte CSU-Linie verfochten. In ihrer politischen Ausrichtung unterscheiden sich Waigel und Stoiber nur wenig. Ein Richtungsstreit war der Münchner Machtkampf nicht.

Stoiber war als ehrgeiziger Landespolitiker eher der Mann der Parteibasis, während Waigel der Kandidat des Parteiestablishments war. Außerdem war das Duell zwischen den beiden völlig unterschiedlichen Männern auch Ausdruck unterdrückter persönlicher und politischer Spannungen in der CSU. In der Ära Strauß hatten Waigel und Stoiber grundverschiedene Rollen. Stoiber heizte im Auftrag von Strauß jeden Konflikt mit Bonn an, Waigel mußte als Chef der CSU-Landesgruppe dann versuchen, die Wogen bei Kanzler Kohl und der CDU zu glätten. Alte Spannungen aus diesem Rollenkonflikt schlugen auch beim Kampf um die Streibl-Nachfolge wieder durch. Ohnedies sind die Beziehungen in der Führungsetage der CSU, allen Harmoniebeteuerungen zum Trotz, hochkompliziert. Gegenseitige Spannungen und Eifersüchteleien haben die Lösung der Streibl-Krise zur quälenden Hängepartie werden lassen.

Für die CSU war es die schwerste Krise ihrer Geschichte; Waigel war nach der deprimierenden Niederlage nahe dran, alles hinzuwerfen. Das hätte das Auseinanderbrechen der Partei bedeuten können. Mittlerweile ist Waigel als Parteichef wieder gefestigt; auf dem Parteitag der CSU im letzten Herbst wurde er mit großer Mehrheit wiedergewählt. Bislang verläuft die Zusammenarbeit zwischen Stoiber und Waigel ohne größere Störungen, wenngleich das latente Mißtrauen spürbar bleibt. Fraktionschef Alois Glück vertritt gar die These, daß die Krise die Chance für einen Neuanfang der CSU biete, weil endlich lange vorhandene, aber meist unterdrückte Querelen bereinigt worden seien.

III. Der Wahlmarathon – für die CSU ein schwerer Parcours

Für die CSU ist das Wahljahr 1994 ein riskanter Hindernislauf, mit dem breiten Wassergraben gleich am Anfang: der Europawahl. Hier gibt es keine Direktmandate, die CSU muß sich mit ihren bayerischen Stimmen über die bundesweite Fünf-Prozent-Hürde hangeln. Dazu bräuchte sie, je nach Wahlbeteiligung, zwischen 38 und 43 Prozent. Das könnte knapp werden, denn auch beim letzten Mal kam die CSU bei der Europawahl – für viele Wähler eine günstige Gelegenheit für einen Denkkzettel – nur auf 45 Prozent. Den Sprung ins Europaparlament zu verpassen wäre für die CSU indessen ein Menetekel für die Landtags- und Bundestagswahl im Herbst.

Um die Unzufriedenen im eigenen Lager von einer Protestwahl oder schlichter Wahlenthaltung abzuhalten, hat Ministerpräsident Stoiber eine riskante Wende in der Europapolitik eingeleitet und ein langsames Tempo bei der Integration verlangt. Die europakritischen Töne des Ministerpräsidenten helfen zwar, den rechten Rand zu festigen, bergen aber die Gefahr, die CSU in die Ecke der generellen Europegegner zu bugsieren; kein Gütesiegel angesichts der Abhängigkeit auch der bayerischen Exportindustrie vom europäischen Markt.

Hauptprüfstein für die politische Zukunft der CSU ist jedoch die Landtagswahl in Bayern. Sie ist für die CSU weit wichtiger als die kurz darauf folgende Bundestagswahl. Die Identität der CSU wird von ein paar Abgeordnetenmandaten für den Bundestag oder, im Falle eines Wahlsieges, von ein paar Kabinettsposten mehr oder weniger nur wenig bestimmt. Sie hängt entscheidend an der Frage, ob es der Partei gelingt, ihre absolute Mehrheit in Bayern zu behaupten. Einen Machtverlust

in Bonn würden die meisten verschmerzen, ein Machtverlust in München würde die Partei bis ins Mark erschüttern. „Das wäre ganz sicher eine tiefe Zäsur, und es würde eine Zeitlang dauern, bis die Partei ihr inneres Gleichgewicht wiedergefunden hat“, gibt Fraktionschef Glück unumwunden zu.

Der energische Neuanfang unter Stoibers Regentschaft hat die demoskopischen Zahlen für die CSU wieder emporschnellen lassen, die unter Streibl schon unter die 40-Prozent-Marke gefallen waren. Aber die Zeiten haben sich geändert, auch für die CSU. Der Verfall der Volksparteien bedroht besonders die Partei, deren politische Überlebensgarantie die Alleinherrschaft in ihrem Stammland ist. Stoiber scheint das erkannt zu haben. In seiner Rede auf dem letzten Parteitag forderte er eine durchgreifende Öffnung der Partei für Kräfte und Impulse von außen. „Entweder die Volksparteien kümmern sich mehr um das Volk, oder sie sind am Ende“, heißt es in Stoibers Redemanuskript.

An der Parteibasis trifft der Wille zur politischen Erneuerung auf Resonanz. Ohnehin hat sich in der CSU in den letzten Jahren ein beinahe sensationeller Wandel vollzogen. Waren die Delegierten auf Parteitagen früher meist ergebene Claqueure zur Huldigung der Herren auf dem Vorstandspodium, bestimmen heute kontroverse Diskussionen das Bild. Hinsichtlich ihres demokratischen Innenlebens ist die CSU heute viel interessanter und lebendiger als ihre größere Schwester CDU.

Im Parteiestablishment hingegen wird der Wandel vielfach eher hingegenommen als mitgetragen. Im Funktionärskörper gibt es starke Kräfte, die alles beim alten lassen möchten und sich an die Erfolgsrezepte der siebziger Jahre klammern, als alles noch so schön einfach für die CSU war. Als Stoiber seinen Kabinettskollegen eine Reihe von lieb gewonnenen Privilegien und Nebentätigkeiten kappte, waren die kommunalen Mandatsträger der Partei nur murrend bereit, dem guten Beispiel wenigstens ein Stück weit zu folgen.

Hinzu kommt, daß eine ganze Reihe von Altlasten aus der Ära von Franz Josef Strauß auftauchen. So befaßt sich ein Untersuchungsausschuß des Landtages mit der Steueraffäre eines ehemaligen Strauß-Freundes. Vor allem der Clan der ehemaligen Strauß-Getreuen, angeführt vom Chefredakteur des „Bayernkuriers“, Wilfried Scharnagl, wacht voller Sorge und Mißtrauen darüber, daß ihr Idol durch die plötzliche Akzeptanz strengerer moralischer Normen auch in der Politik nicht nachträglich in ein schiefes Licht gerät.

Die politischen Gegner der CSU rüsten für das Superwahljahr zu einer neuen Offensive. Vor allem die SPD, 1990 im Rausch der Einheitswahlen in

Bayern ohne Chance und auf den historischen Tiefstand von 26 Prozent zurückgefallen, hofft auf günstigere Umstände. Mit der populären Spitzenkandidatin Renate Schmidt und dem ehemaligen Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter peilen die Sozialdemokraten einen gehörigen Sprung nach vorne an. Allerdings ist die SPD so weit abgeschlagen, daß ein Machtwechsel aus eigener Kraft kaum gelingen kann.

Unkalkulierbarer und auch bedrohlicher als mögliche Zugewinne der SPD ist für die CSU die ständig wachsende Zahl der Unzufriedenen, die entweder gar nicht zur Wahl gehen oder eine radikale Protestwahl im Sinn haben. Die Chancen der Republikaner sind dabei vom Bundestrend abhängig. Ist er günstig, sind ihre Aussichten in Bayern besonders rosig. Denn nach wie vor ist Bayern das Stammland der Republikaner. Sie sind 1983 schließlich als Abspaltung von der CSU entstanden, aus Protest gegen den von Franz Josef Strauß eingefädelt Milliardenkredit an die DDR.

Wenn die CSU durch Zuwächse bei SPD und GRÜNEN sowie durch einen massiven Einbruch der Republikaner in ihr Wählerreservoir um ihre absolute Mehrheit gebracht wird, droht der Partei ein Dilemma. Stoiber und auch Fraktionschef Glück sind frühzeitig und seither immer wieder allen Spekulationen über ein mögliches Bündnis mit den Republikanern entgegengetreten. „Das wäre noch viel schlimmer als eine Ausdehnung, die CSU wäre damit eine rechte Partei, wir würden international am Pranger stehen“, hat Stoiber vor Monaten gesagt.

Allen Teilen der CSU ist das aber nicht so klar. So mußte etwa der zurückgetretene Streibl von Stoiber massiv auf einen Abgrenzungskurs gedrängt werden. Vor allem der konservative Flügel der CSU sieht in den Republikanern im Grunde Fleisch vom gleichen Fleisch und würde bei einem Verlust der absoluten Mehrheit nicht so ohne weiteres einsehen, warum dann möglicherweise eine Große Koalition mit den immer bekämpften Sozialdemokraten die einzige Alternative sein soll.

Die CSU steht im Superwahljahr 1994 angesichts der schwindenden politischen Bindungskraft der klassischen Volksparteien vor schwierigen Herausforderungen. Ihre weitere politische Zukunft hängt vor allem von den Landtagswahlen in Bayern ab. Hier muß sie die absolute Mehrheit verteidigen. Gelingt es der CSU, ihre Alleinherrschaft in Bayern zu behaupten, kann sie sich mit dem noch relativ jungen Stoiber an der Spitze vermutlich auf längere Jahre etablieren und damit wohl auch ihr – allerdings geschrumpftes – bundespolitisches Gewicht wahren.

Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS

In Anbetracht des jetzt beginnenden Superwahljahrs 1994 kann eine Analyse des gegenwärtigen Zustandes der PDS sicherlich hilfreich sein, um die Kräfteverhältnisse der konkurrierenden politischen Parteien im vereinten Deutschland abzuschätzen. Seit mehreren Monaten gibt die PDS Erklärungen zu ihrer „wachsenden Akzeptanz“ ab. Die Partei ist sich bewußt, daß es in diesem Jahr um ihre Existenz geht: Sollte sie den Einzug in den neuen Bundestag verfehlen, so würde sie auf den Status einer Regionalpartei herabsinken, die zu mehr oder weniger bedeutungslosen Rückzugsgefechten verdammt wäre.

Um das eigene Überleben um jeden Preis zu sichern, hat die PDS die Felder ihrer politischen Aktivitäten erheblich ausgeweitet: Als aktuelle Beispiele können die Gerechtigkeitskomitees, die Antifaschismuskampagnen sowie die fortgesetzten Versuche zur Unterwanderung des DGB angeführt werden. Die Meinungsumfragen zum beabsichtigten Wahlverhalten sowie die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Brandenburg bestätigen, daß dieser politische Aktivismus sich in den neuen Bundesländern auszahlt. Hier hat die Partei ihre Wählerschaft stabilisieren können.

Die PDS ist heute die einzige linksextreme politische Organisation, die innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen könnte. Nach Aussage der Meinungsforschungsinstitute ist die PDS nicht weit davon entfernt, bundesweit vier Prozent zu erreichen (in den neuen Bundesländern kann die PDS mit 10 bis 15 Prozent der Stimmen rechnen, in den alten hingegen nur mit höchstens zwei). Die zweite, nicht zu unterschätzende Stärke der PDS besteht in ihrer Anziehungskraft für linksradikale Gruppen im Westen. Immer mehr Anhänger des links-extremen Spektrums von den dogmatischen K-Gruppen bis zu den Sympathisanten der anarchistischen Autonomen Szene arbeiten mit der PDS zusammen. Dementsprechend schwer fällt es derzeit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), ihre schwache Gefolgschaft (ungefähr 6000 Mitglieder) vor dem Sog der PDS zu bewahren, zumal die DKP sich in einem Zerfallsprozeß befindet.

Die Beharrungsfähigkeit der PDS ergibt sich aus dem allgemeinen politischen Kontext. Denn das politische System Deutschlands ist in eine Phase

vielschichtiger Krisen eingetreten, die zugleich wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur sind. Das unerwartete Ausmaß der Krise des „westdeutschen Kapitalismus“ gibt der PDS eine politisch wirksame Waffe an die Hand und verstärkt ihre subversiven politischen Aktivitäten. Im täglichen politischen Kampf denkt und handelt die PDS, insbesondere ihre Führung und der hauptamtliche Apparat, wie eine modernisierte kommunistische Partei westlicher Prägung. Sie hat vieles von den Theorien, Anpassungs- und Tarnungsstrategien der italienischen und französischen kommunistischen Parteien übernommen. Diese Feststellung führt uns zu den wahren Gründen der heutigen Entwicklung und erklärt sowohl den besonderen Stil der Gerechtigkeitskomitees als auch die Formen des sogenannten „antifaschistischen“ Kampfes der PDS sowie die Versuche zur Unterwanderung des DGB.

Um den wirklichen Zustand der PDS zu erfassen, muß man über die von den Meinungsforschungsinstituten gelieferten Daten hinausgehen. Eine Analyse der Partei und ihres Mitgliederbestandes rechtfertigt die These, trotz der jüngsten Wahlerfolge eher von einer strukturellen Krise dieser Partei zu sprechen: Besonders beeindruckend war der Zusammenbruch der PDS auf der Ebene der Landesverbände der neuen Bundesländer. Der jetzige Parteivorsitzende Lothar Bisky gab beispielsweise im Juni 1991 bekannt, daß sein Landesverband Brandenburg nur noch 36 000 Mitglieder zähle, obwohl im Dezember 1990 noch 46 000 Mitglieder registriert waren. Im März 1993 zählte dieser Landesverband nur noch 22 684 Mitglieder. Diese Entwicklung vollzog sich innerhalb aller Landesverbände und betraf selbst den Berliner Verband, der für die organisatorischen Aktivitäten der Partei auf Bundesebene von zentraler Bedeutung ist (im Oktober 1991 waren 34 621 Mitglieder registriert, im März 1993 nurmehr 25 806).

Angesichts dieser Tatsachen entschloß sich die PDS, eine Reihe soziologischer Untersuchungen durchführen zu lassen, deren erklärtes Ziel es war, Strategien gegen das Ausbluten und den Alterungsprozeß ihrer Mitgliedschaft zu entwickeln. Die Untersuchungsergebnisse sind eindeutig: 95 Prozent der PDS-Anhänger sind ehemalige SED-Mitglieder, und nur fünf Prozent waren parteilos bzw. Mitglieder einer sogenannten Blockpartei gewesen. Daraus ergibt sich, daß die Partei

seit Februar 1990 praktisch keine neuen Mitglieder hat gewinnen können. Außerdem hat die PDS einen erheblichen Alterungsprozeß durchgemacht, da nur noch acht Prozent der Mitglieder unter 30 Jahre alt sind und die über 55jährigen eine absolute Mehrheit stellen. Auch die sozioprofessionelle Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist sehr bezeichnend: 1993 waren über 50 Prozent der Mitglieder ehemalige Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Angehörige der bewaffneten Organe (Armee und Stasi) und hauptamtliche Funktionäre der SED. Eines der weiteren soziologischen Merkmale der PDS ist ferner die Überrepräsentation der ehemaligen intellektuellen Elite der DDR: Zirka 20 Prozent der Mitglieder sind Künstler, Intellektuelle, Lehrer oder Wissenschaftler.

Auf der Ebene der Theorie betonten viele Mitglieder, daß sie sich insbesondere zu den kommunistischen Wurzeln und Traditionen der Partei bekennen. Das Überleben dieses SED-Erbes in den Verhaltensstrukturen der PDS-Anhänger war angesichts der Altersstruktur oder der einseitig orientierten kommunistischen Parteipräferenz der Eltern der Befragten voraussehbar. Die Untersuchung der Bündnisfähigkeit der Anhänger zeigte, daß die meisten der PDS-Mitglieder sich an erster Stelle als Kommunisten verstehen, nur wenig Sympathie für die „Bürgerbewegungen“ oder andere „Chaotenhaufen“ hegen und noch weniger Verständnisbereitschaft für die Sozialdemokratie aufbringen können.

In seiner Rücktrittserklärung als Parteivorsitzender im Januar 1993 beschrieb Gregor Gysi die größte Gruppe seiner Anhängerschaft wie folgt: „Es gibt eine Gruppe von Genossinnen und Genossen in der PDS, die großen Wert darauf legen, durch ihre Mitgliedschaft und ihre politischen Aktivitäten eine Bestätigung ihres bisherigen Lebens, ihrer Biographien zu erfahren... Indem sie ihr Leben verteidigen, verteidigen sie gewollt oder ungewollt häufig zugleich eine Geschichte, die in diesem Umfang Verteidigung nicht verdient. Ihr programmatischer Ansatz ist meist ein nicht nur marxistischer, sondern auch ein marxistisch-leninistischer (einschließlich der höchst zweifelhaften Momente), weil auch dies zur Bestätigung ihrer Biographien erforderlich ist.“

Die Übereinstimmung der angeführten Tatsachen beweist, daß die Partei sich in einem kritischen Zustand befindet, der durch eine demographische, eine politische und eine psychologische Krise bedingt ist. Denn auch bei der DDR-Nostalgie handelt es sich nicht um eine vorübergehende Moderscheinung; vielmehr ist sie ein Beleg dafür, daß es der PDS nicht gelang, die eigene Geschichte zu bewältigen.

Eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts des der PDS nahestehenden ISDA vom Juni 1993 zeigt, daß die SED-Nostalgie als ein psychologisches Phänomen zu interpretieren ist, das einen großen Teil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern betrifft. Zur Frage: „Bejahen Sie im großen und ganzen die politische Entwicklung im geeinten Deutschland?“ ergab sich folgendes Meinungsbild: Im Mai 1990 lag die Akzeptanz der Währungsunion und der Einheit noch deutlich über 70 Prozent, 1991 waren es nur noch 60 Prozent. Im Jahr 1993 akzeptierte insgesamt nur noch die Hälfte der Befragten den Verlauf des Einigungsprozesses. In der Anhängerschaft der PDS hingegen gibt es kaum jemanden, der die politische Entwicklung uneingeschränkt bejaht (zwei Prozent); 14 Prozent akzeptieren sie überwiegend, bei nahezu der Hälfte überwiegt die Ablehnung, und ein weiteres Drittel lehnt sie ganz ab.

Wenn man den Begriff der bedingungslosen Ablehnung des politischen und wirtschaftlichen Systems, das durch die Wiedervereinigung eingeführt worden ist, näher betrachtet, erkennt man, daß ungefähr 13 Prozent der PDS-Sympathisanten sich im Juni 1993 in der Situation eines „inneren Exils“ befanden und somit dem neuen Deutschland gegenüber eine Verweigerungshaltung einnahmen. Wollte man die Behauptung aufrechterhalten, daß die PDS ernsthaft versuche, sich zu erneuern und sich in Richtung Demokratie weiter zu entwickeln, so zeigt die Dominanz dieses reaktionären Verhaltens, daß das Erbe der SED schwer wiegt. Damit bleiben diejenigen Anhänger der PDS chancenlos, die sich ehrlich um die Demokratie und die Veränderung der Partei bemühen. In ihrer Mehrheit bleibt die PDS wohl das, als was das Neue Forum sie charakterisierte: die Partei der Ewiggestrigen.

Um die Organisation zu stabilisieren, sah sich die PDS-Führung, die über den wahren Zustand ihrer Anhängerschaft immer Bescheid wußte, gezwungen, sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Daher bot es sich an, die PDS als „sozialistische Basispartei“ zu tarnen. Der Preis dieser Überlebenssicherung war ein verstärkter ideologischer Pragmatismus, eine Reihe von Strukturveränderungen, der Abbau des Parteiapparates, die Kaltstellung aller durch die DDR-Vergangenheit zu stark kompromittierten Kader sowie der Ausschluß ideologischer Positionen und Persönlichkeiten, die allzu stark an die Zeit des SED-Regimes erinnerten.

Der demokratische Zentralismus leninistischer Prägung wurde nach der Wende durch die wendige „Diktatur“ eines allmächtigen Präsidiums abgelöst. Die Popularität von Hans Modrow und

Gregor Gysi, den einzigen Integrationspersönlichkeiten der Partei, garantierte zunächst die Akzeptanz des neuen Machtzentrums. Um die Troika Gregor Gysi, Hans Modrow und ab 1991 André Brie formierte sich eine neue PDS-Elite, die hauptsächlich junge Mitglieder und begeisterungsfähige Sympathisanten vereinigte und die die Kontrolle über die neuen Führungsstrukturen der Partei übernehmen sollte: die Arbeitsgemeinschaften beim Parteivorstand.

Laut Beschluß des Parteivorstandes vom 16. Februar 1991 sollte sich seine gesamte Arbeit „von den politischen Aufgaben ableiten und auf die Bereiche der politischen Praxis konzentrieren, in denen sich Konfliktpotentiale bündeln, politische Bewegungen vorhanden sind, entstehen oder entstehen können, und die die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit der PDS auszeichnen sollen“. Mit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften wurden die Bereiche hervorgehoben, in denen es eine Anhäufung von Konfliktpotentialen gab und wo parlamentarischer und/oder außerparlamentarischer „Widerstand“ zu erwarten war.

Erklärtes Ziel des PDS-Parteivorstandes war es, in diesen Arbeitsgemeinschaften strategische Fragen anzugehen: Kampf an allen Fronten gegen den Kapitalismus, Unterwanderung der Gewerkschaften, Beeinflussung der Umweltbewegungen, Annäherung an die Kirchen, „Verwertung der Reste“ der Friedensbewegung, Verankerung der PDS im Westen der Bundesrepublik, Sicherung und Ausbau der Basis in den östlichen Bundesländern. Obwohl auf der höchsten Führungsebene die Arbeits- und andere Interessengemeinschaften anscheinend gut funktionieren, sind deren Erfolge auf lokaler Ebene für die PDS nicht besonders ermutigend, wie aus den vorhandenen Unterlagen hervorgeht.

Die Organisationsreformen wurden von der Überlegung geleitet, welchen Platz programmatische Überlegungen im Parteileben einnehmen sollten. Der ideologische Monolithismus der Vergangenheit wurde durch sich oft widersprechende Ansätze, die kein umfassendes und endgültiges Programm darstellten, ersetzt, z. B. durch das Aufgreifen des Umweltschutzes, das Engagement bezüglich der Frauenfrage und der neuen sozialen Bewegungen. Eine theoretische Neuerung verdient es aber besonders, näher untersucht zu werden: die Rolle der Intellektuellen, die von Gramsci und seiner Theorie der Subversion der „zivilen Gesellschaft“ übernommen wurde. Die PDS versuchte dieses Konzept der italienischen Kommunisten für sich fruchtbar zu machen, mit dem es jenen gelungen war, eine große, moderne, unmittelbar mit der Gesellschaft verbundene kommunistische Partei zu werden. Zu der für das Überleben

der PDS notwendigen Anpassungsstrategie lieferte Gramsci somit die Methodologie und eine eschatologische Vision.

Ziel der PDS ist es, auf allen Gebieten der zivilen Gesellschaft die Konfliktzonen auszumachen und in jedem einzelnen Spannungsfeld den Beteiligten eine auf sie bezogene Botschaft zu vermitteln, um damit den Konflikt zu schüren. Kernpunkt der PDS-Taktik ist somit der Widerstand gegen den sozialen Konsens, wo immer er möglich ist. Das Zentrum in diesem Stellungskrieg bleibt somit der kulturelle Bereich, Kommandoposten für Werte und Ideen, nicht jedoch der ökonomische, auf den die PDS keinerlei Einfluß hat. Auf der Ebene der Intellektuellen (der Intellektuellen, die in den neuen Bundesländern der Partei verbunden blieben, aber auch aller anderen, die durch die Wiedervereinigung zur Randgruppe geworden waren) erlebt die PDS, inspiriert von Gramscis Theorie und Politik, einen ideologischen Pseudo-Aufschwung. Diese nicht an die Arbeiterklasse, sondern an ein ganzes Volk gebundene intellektuelle Avantgarde hat ihre „Termitenarbeit“ aufgenommen und erfüllt objektiv eine „Klassenfunktion“, indem sie sich zum Wortführer für die benachteiligten Gruppen in den Ländern der ehemaligen DDR macht. Die Intellektuellen nehmen eine zweifache Funktion wahr: die Verteidigung der Identität und Kultur der DDR-Bevölkerung, der die PDS eine „ideologische Homogenität“ vermitteln möchte, und die Schaffung eines kollektiven Bewußtseins, das zur Organisation des Widerstands gegen den Kapitalismus nötig ist.

Die Mutation der Organisationsprinzipien und die Aneignung von neuen semantischen Feldern, die von den Grünen oder den westdeutschen Linken ausgeliehen wurden, bewirkten die Wandlung der PDS zu einer modernen kommunistischen Partei, die in ihre Strategie den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ miteingebaut hat. Es scheint, daß die PDS eine typische Partei des postkommunistischen Zeitalters ist, da sie die Vorstellung eines endgültigen Sieges des Kapitalismus gegen eine bestimmte geschichtliche Form des Sozialismus akzeptiert und all ihre Kräfte auf die Notwendigkeit einer destruktiven Opposition gegen die Marktwirtschaft konzentriert. Bildlich gesprochen tarnt sich die Partei mit dem Mäntelchen eines Kreuzzuges zur Errettung der Menschheit vor den globalen Gefahren, insbesondere der Gefahr des ökologischen Zusammenbruchs.

Da diese Einstellung auf den Erhalt einer kommunistischen Identität hinausläuft, impliziert sie eine Offensive der PDS-Führung gegen die Sozialdemokratie, um einer klaren Abgrenzung Genüge zu tun. Die Doppelschneidigkeit dieser Feind-

schaft gegenüber der Sozialdemokratie wurde auch von Gysi in seinem Abschiedsbrief erwähnt: „Die Mitglieder einer zweiten von mir festgestellten Gruppe lassen sich nach meiner Einschätzung in erster Linie davon leiten, daß sie in der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland Akzeptanz suchen. Sie versuchen, sich partiell entsprechend den Erwartungen dieser politischen Klasse zu verhalten... In ihren programmatischen Vorstellungen versuchen sie, eine breite Akzeptanz zu finden, und gehen deshalb über sozialdemokratische Ansätze nicht hinaus. Das gilt entsprechend für die konkreten Politikansätze, die sich wenig von denen der ersten Gruppe unterscheiden. Würde diese Gruppe in der PDS dominieren, wäre tatsächlich eine Akzeptanz in der politischen Klasse partiell erreichbar, gerade auch im Verhältnis zur SPD. Das Problem bestünde allerdings darin, daß dann die Partei überflüssig werden würde, sie könnte keine eigene Rolle spielen und letztlich auch kein eigenes Profil entwickeln.“

Die Gysi-Bisky-Brie-Führung der PDS träumt davon, die Rolle einer ideologischen Muse und eines organisatorischen Motors in der Rettungsaktion der Menschheit vor den Übeln des Kapitalismus zu spielen; hierbei bedient sie sich der „Gerechtigkeitskomitees“ und der „Antifaschismuskampagnen“. Man entdeckt und setzt wieder auf die klassische kommunistische Unterwanderungsstrategie, die es darauf anlegt, die Bürgerinitiativen und die Neuen Sozialen Bewegungen zu manipulieren. Parallel dazu und auf genau die gleiche klassische Art versucht die PDS, im gewerkschaftlichen Bereich Fuß zu fassen, um Streiks anzuregen oder zu provozieren. Sie wendet eine auf Spannung abzielende Strategie in den neuen Bundesländern an und akzeptiert hierbei auch die Möglichkeit eines Rückgriffs auf ungesetzliche Aktionen.

In diesem Zusammenhang sind die gegenwärtigen Aktivitäten von Gregor Gysi besonders aufschlußreich: Er hat im Jahre 1993 oft an gewerkschaftlichen Tagungen teilgenommen und organisierte mit der gesamten PDS Unterstützungsaktionen zugunsten der „Kalikumpel“. Die Unterlagen der AG Gewerkschaftspolitik sowie der Anstieg der Aktivitäten der PDS-Kader in gewerkschaftlichen Bereichen zeigen, daß die PDS danach strebt, ihren Einfluß in der Arbeitswelt sowohl im Osten als auch im Westen massiv auszudehnen.

Innerhalb der PDS übernehmen unterschiedliche Flügel diese verschiedenen subversiven Aufgaben. Sehr beunruhigend sind die Bemühungen der sogenannten Aktivisten, im Rahmen von „Antifaschismuskampagnen“ nach Verbündeten im linksextremen Lager zu suchen, beispielsweise bei den Autonomen (insbesondere in Berlin, Branden-

burg, aber auch in Niedersachsen). Die PDS-Landesverbände in den alten Bundesländern arbeiten auf lokaler Ebene mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten, dem MLPD und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD zusammen. Was die „Bruderpartei par excellence“, die DKP, anbelangt, so muß hier auf die Kommunistische Plattform der PDS, die auf zirka 5000 Anhänger zählen kann, verwiesen werden. Dieser kommunistische Flügel verlangt, daß die Partei besondere Beziehungen zur DKP aufbaut; er verteidigt die Idee eines engen Bündnisses zwischen der PDS und der DKP.

Gysi meint dazu: „Den Mitgliedern einer dritten Gruppe in der PDS geht es auch um Akzeptanz, allerdings nicht in der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland, sondern bei anderen Linken, bei Autonomen und... bei verschiedenen Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerbewegungen... Hinsichtlich der konkreten Politik sind ihre Forderungen tatsächlich radikal, das heißt an die Wurzeln gehend. Diese Gruppe grenzt sich in diesen Forderungen am deutlichsten von sozialdemokratischen Positionen ab... Die Mitglieder dieser Gruppe sind zweifellos besonders selbstbewußt... Partiiell verhalten sich die Mitglieder dieser Gruppe wie Anhänger einer Avantgarde-theorie...“

Die PDS-Führung entschied sich für zwei strategische Neuerungen, die es den verschiedenen Parteiflügeln erlauben sollen, sich zugunsten einer gemeinsamen Offensive gegen das herrschende politische System zusammenzufinden.

Als erstes sind die Gerechtigkeitskomitees zu nennen. Sie stellen eine praktische Umsetzung der „Anwendungslehren“ von Gramsci dar und greifen auf die ganze Palette der üblichen kommunistischen Unterwanderungs- und Desinformations-techniken zurück. Ihr Gründungsdatum wurde sehr umsichtig im Hinblick auf einen politischen Überraschungseffekt und auf Werbewirksamkeit gewählt. Politisch gesehen hatten der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Regierung und die Legitimitätskrise der demokratischen Parteien in den neuen Bundesländern im Frühsommer 1992 einen Höchststand erreicht.

Dieser Hintergrund war für die Operation „Gerechtigkeitskomitees“ besonders wirkungsvoll. Psychologisch gesehen herrschte bei der Führung und Basis der PDS nach dem Wahlerfolg in Berlin am 24. Mai 1992 eine euphorische Stimmung. Dieser Erfolg erweist sich aber als sehr zweifelhaft, wenn man sich nicht nur mit den relativierten Gesamtprozentzahlen der erhaltenen Stimmen beschäftigt. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß die PDS in absoluten Zahlen wieder Wäh-

ler eingebüßt hatte. Nichtsdestoweniger gelang es der Partei zum ersten Mal in ihrer Geschichte, sich zu stabilisieren und den Trend „nach unten“ zu stoppen. Die Gründung der Gerechtigkeitskomitees während des Sommerlochs 1992 sicherte dem Ereignis zudem die ungeteilte Aufmerksamkeit der Medien.

Bei dem seit April 1992 vorbereiteten gemeinsamen Unternehmen gelangen Diestel und Gysi drei besonders geschickte Schachzüge: Zum einen bekennen sich die Gerechtigkeitskomitees zur „Überparteilichkeit“ und Unabhängigkeit; außerdem ist die Wahl des Namens äußerst gelungen. Schließlich erweist sich auch das gesamtdeutsche Profil des Unterfangens als vorteilhaft (die Gruppe der 68 Unterzeichner des Aufrufes setzt sich aus einer politischen Kerntruppe, Sportlern, Künstlern und Schriftstellern zusammen, die aus den neuen und aus den alten Bundesländern stammen). Die PDS hob mehrmals die Tatsache hervor, daß sie in den Komitees nur von zwei Persönlichkeiten vertreten werde (Gregor Gysi und Lothar Byski, dem heutigen Vorsitzenden der PDS) und daß der Schwerpunkt bei den berühmt-berühmten „Unabhängigen“ zu suchen sei.

Es würde zuviel Zeit und Raum in Anspruch nehmen, auf die Vergangenheit jedes einzelnen dieser sogenannten Unabhängigen einzugehen; um dennoch einen Eindruck davon zu gewinnen, wer eigentlich zu den Gründungsinitiatoren gehörte, soll kurz das Neue Forum zu Wort kommen: „Alte DKPler wie Hannes Wader und Franz-Josef Degenhardt, denen die Interessen der DDR-Bevölkerung bis 1989 gleichgültig waren, ..., der DDR-Führung nahestehende Professoren wie Jürgen Kuczynski und Hans Mottek, die als Wirtschaftswissenschaftler die realsozialistische Ökonomie gerechtfertigt haben, die Oberkirchenrätin Christa Lewek, eine Zeitlang Sekretärin des CDU-Chefs Otto Nuschke, die sich auf das Behindern der kirchlichen Opposition und westlicher Korrespondenten verstanden hat, Heinrich Fink, der als Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz gegen die DDR-Friedensbewegung gearbeitet hat...“ Die angebliche Vorzeigefigur Diestel charakterisiert das Neue Forum wie folgt: „Peter-Michael Diestel, der als letzter Innenminister der DDR aktiv die Offenlegung der Stasi-Vergangenheit behindert und das sanfte Hinübereitschleichen für so manchen Nutznießer der alten Macht bewerkstelligt hat...“ Mit diesen eindeutigen politischen Charakterisierungen könnte man beliebig weiter fortfahren.

Weiterhin erscheint uns die Vorgehensweise der Komitees sehr aufschlußreich. Einerseits sind in bestimmten Fällen deren Mitglieder zu 99 Prozent

auch Anhänger der PDS, andererseits wird der Einfluß der PDS durch die klassischen Überwachungstechniken des Apparats auf lokaler Ebene sichergestellt. Im Fall Leipzig kann man von Juli bis September 1992 beobachten, daß eine Anzahl von ehemaligen Anhängern der Bürgerbewegung oder der SED-PDS wieder in die Politik zurückkehren und sich den Komitees anschließen. Bald begreifen sie aber, daß die organisatorische Arbeit von hauptamtlichen Mitarbeitern oder PDS-Rentnern erledigt wird, daß die Flugblätter und andere Informationsblätter in den Räumen der Partei gedruckt werden und daß deswegen an eine Kritik der PDS, insbesondere an ihrer auf die Bundestagswahlen 1994 ausgerichteten Realpolitik, nicht zu denken ist. Realiter gibt es immer wieder Anlässe zur möglichen Kritik an oder Auseinandersetzung mit der PDS: Ich denke da z. B. an den Fall des Chefideologen der Partei, André Brie, dessen Vergangenheit als Informeller Mitarbeiter der Stasi unlängst aufgedeckt wurde.

Die Lage im Westen ist noch eindeutiger: In den Gerechtigkeitskomitees, von denen nur noch drei aktiv sind (Hamburg, Bremen und Frankfurt), findet man Mitglieder linksextremer Splittergruppen, der DKP, Anhänger des früheren Reformflügels dieser Partei, die sich nicht der PDS angeschlossen hatten, und Anhänger der PDS. Die Welt ist in dieser Umgebung klein, jeder kennt jeden, und dies häufig schon seit Jahrzehnten; dies führte dazu, daß die Arbeit der Komitees beinahe von Anfang an von den persönlichen Animositäten ihrer Mitglieder blockiert wurde, wie dies bereits bei der Aktion „Linke Liste PDS“ zu den Bundestagswahlen 1990 der Fall gewesen war. Gegenwärtig existieren auf dem Papier bundesweit ungefähr 70 Komitees mit zirka 5500 Mitgliedern, von denen nur weniger als die Hälfte wirklich aktiv sind.

Was hat sich Gysi von diesem Schachzug versprochen? Eine Antwort findet sich beim Treffen der Führungsspitzen der DKP und PDS, das Anfang Juli 1992 in Berlin stattfand. Gemäß persönlicher Aussage Gysis war das Ziel der Gespräche die Überwindung der eigenen Isolierung und Ausgrenzung. Die Komitees sollen Übergangsstrukturen anbieten, die all jenen Kräften den Widerstand in Form einer Volksfront oder Ost-APO ermöglichen sollten, die dem Aufbau im Osten nach westdeutschem Vorbild feindlich gegenüberstehen. 1994 könnten diese Komitees eventuell zur Keimzelle einer Koalitionspartei oder Listenverbindung werden; vielleicht wird dies für die PDS der einzige Ausweg, um ihren parlamentarischen Vertretungsanspruch zu retten. Für das Verständnis der PDS erscheint es uns durchaus aufschlußreich, daß der erste Partner, der bezüglich dieser neuen Wahlstrategie konsultiert wurde, die von den Stalinisten

alter Schule beherrschten Überbleibsel der DKP waren.

Anläßlich der 2. Tagung des 3. Parteitages, die am 26. und 27. Juni 1993 in Berlin stattfand, wurde die Lage weiter abgeklärt. Die PDS wird wieder die Strategie der sogenannten offenen Wahllisten anwenden, die solche Kandidaten aufnehmen sollen, die sich nicht eindeutig zu einer parteilichen Zugehörigkeit bekennen. Gegenwärtig scheint uns klar, daß die PDS-Listen im Westen auf Mitglieder der K-Gruppen zurückgreifen werden (auf den Bund Westdeutscher Kommunisten beispielsweise, der sich in einigen Ländern zugunsten der PDS aufgelöst hatte und zu einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei geworden war, auf den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ...). Der Bruch mit der DKP ist inzwischen besiegelt, da die PDS-Führung davon überzeugt ist, daß die Zeit für die Beschleunigung ihres Niedergangs reif sei; sie möchte deren Mitglieder im Westen in die PDS eingliedern, um somit die Anhängerschaft seiner Partei aufzustocken. Die Gerechtigkeitskomitees sind die Nutznießer dieser Strategie und werden hauptsächlich im Osten, aber auch im Westen den zukünftigen Kandidaten der „Linken Listen“ eine „ehrenhafte“ Struktur anbieten.

Eine Tatsache kann als Fazit unserer Gespräche mit PDS-Verantwortlichen hervorgehoben werden: Derzeit glaubt die Führung der Partei nicht mehr daran, daß ihre Ergebnisse bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag über der Fünf-Prozent-Marke liegen werden. Die Partei hofft jedoch, drei Direktmandate erringen zu können, um sich so den Einzug in den Bundestag zu sichern. Das Hauptziel der PDS ist, bei den künftigen Landtagswahlen ihre parlamentarischen Vertretungen in mindestens vier der fünf neuen Bundesländer erhalten bzw. ausbauen zu können. Diese Aktion kann jedoch nur gelingen, wenn sich der Einfluß der PDS auf kommunaler Ebene stabilisiert bzw. erweitert und es ihr gelingt, ihre Bürgermeisterkandidaten durchzubringen (man spricht von zirka 500). Die Parteiführung hat verstanden, daß ihr Überleben von den Gemeinde-

und Landtagswahlen abhängt, und sie unternimmt auf diesen Ebenen große Anstrengungen, um Erfolge zu erringen.

Bei der Antifaschismuskampagne der PDS sollte man zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase endete im März 1993 mit dem Rücktritt der stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Christine Ostrowski. In den Jahren 1991 und 1992 war sich die Partei über das Gewicht, das dem Antifa-Kampf zuerkannt werden sollte, noch nicht schlüssig. Man kann für jene Zeit von einer Art Mischung aus „klassischen“, von der Komintern der dreißiger Jahre übernommenen Antifa-Verhaltensweisen sowie von subversiven Strategien bestimmten Überlegungen ausgehen.

Beispielsweise hat die PDS-Führung den Angriffen der Autonomen auf Bundespräsident Richard von Weizsäcker diskret Beifall gezollt und diese Ausschreitungen nicht verurteilt. Einerseits kann man beobachten, daß sich immer mehr PDS-Anhänger auf die Seite der Linksextremen stellen, wenn es darum geht, die Ordnungsmacht oder die politischen Instanzen als „Verteidiger der Faschisten“ zu diffamieren. Andererseits läßt sich feststellen, daß die PDS in den neuen Bundesländern sich lange weigerte, dem Aufkommen von Rassismus eine deutliche Absage zu erteilen. Sie vermied es auch, eine Auflösung der lokalen Nazigruppen zu verlangen. Diesen Gruppen gehören übrigens oft frühere FDJ-Kader oder Söhne und Töchter von ehemaligen SED-Funktionären an. Ab März 1993 – der zweiten Phase – änderte die PDS ihre Einstellung und beschloß, eine Führungsrolle im „Antifa-Kampf“ anzustreben. Die PDS hat aus diesem Grund öffentlich erklärt, daß sie mit allen Mitteln (auch nichtpolitischen) zukünftige „faschistische Aktivitäten“ verhindern will. Ihr politisches Ziel hierbei scheint nicht zuletzt die Destabilisierung des demokratischen Systems zu sein. Damit nähert sie sich denselben demokratiezerstörenden Traditionen, wie sie schon die KPD vor 1933 – damals im Auftrag Moskaus – exekutierte, indem sie indirekt wie direkt dem Rechtsextremismus Vorschub leistete.

Bündnis 90/Die Grünen: Oppositions- oder Regierungspartei?

Es mangelte nicht an Analysen, an Schuldsuche und Prognosen, als die Grünen am 2. Dezember 1990 von den Wählern aus dem Bundestag zwangsverabschiedet wurden. Joschka Fischer, der in diesen jammervollen Tagen nicht nur an das Nächstliegende dachte – die bevorstehende hessische Landtagswahl –, konnte sich ein Comeback in vier Jahren nur mit einer „völlig neuen Partei“ vorstellen.

Die Partei trägt heute einen neuen Namen: Bündnis 90/Die Grünen. Ansonsten hielt sich der Reformeifer in Grenzen. In aller Stille haben die Grünen ihre Kleider etwas gelüftet, schöne Wahlerfolge in die Scheuer gefahren, in den Ländern das Regieren geübt, das Bündnis mit dem Bündnis 90 geschlossen. Doch ganz Boshafte könnten durchaus behaupten, daß die Partei mit dem amtlichen Kürzel „Grün“¹ weniger den eigenen Taten, als denjenigen anderer die guten Aussichten auf eine ordentliche Fraktion im nächsten Bundestag verdankt.

Der Austritt der Radikalökologin Jutta Dittfurth, Ex-Bundessprecherin und Medienattraktion, beendete den grünen Dauerkonflikt. Der linke Fundamentalismus, das Denken in schroffen Alternativen und die Frontstellung zum Rechtsstaat Bundesrepublik und zur parlamentarischen Demokratie hat die letzte Protagonistin bei den Grünen verloren. Die Partei, nach Jahren häßlicher Flügelkämpfe ist das nicht ganz unwichtig, macht seither einen besseren Eindruck.

Oskar Lafontaine, der liebste Feind aller Grünen, hatte der Öko-Partei im Bundestagswahlkampf 1990 rund 600 000 Stimmen abgejagt. Er mußte trotzdem eine Wahlniederlage einstecken und machte danach nicht nur für neue sozialdemokratische Kanzlerkandidaten Platz. Neben Engholm, erst recht neben dem neuen Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, haben die Grünen mehr Spielraum, jedenfalls als Oppositionspartei.

1 Welcher der beiden angestammten Namen vorangestellt wird, war 1993 eine der wenigen umstrittenen Fragen der west-östlichen Vereinigung. Mit 235:205 Stimmen sprach sich die Bundesversammlung der Grünen in Hannover im Januar 1993 für „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ aus. Möglicherweise fiel einigen Delegierten die Entscheidung nicht schwer, weil Einigkeit bestand, daß das amtliche Kürzel auf künftigen Wahlzetteln GRÜN lauten soll.

Und die Altparteien im Bundestag frustrierten das Wahlvolk anhaltend. Während das Regierungslager und die sozialdemokratische Opposition die allgemeine Politikverdrossenheit bei (fast) jeder Wahl zu spüren bekommen, scheinen die Grünen gegen das Risiko gefeit, in diesen Sog zu geraten. Die Wahlforscher sehen sie nach dem Tief der Wahl von 1990 komfortabel über fünf Prozent, neuerdings blitzt in den Prognosen sogar eine mögliche Mehrheit für Rot-Grün auf.

Vielleicht liegt das einfach daran, daß die Fehler und Unzulänglichkeiten der Grünen im öffentlichen Bewußtsein so wenig wahrgenommen werden wie die Partei selbst. Denn wann, wenn nicht gerade gewählt oder über Koalitionen verhandelt wird, und mit welchen Themen ist diese Partei für das große Publikum eigentlich präsent?

Die Arbeit der acht ostdeutschen Abgeordneten des Bündnis 90 kann das politische Potential der früheren Bundestagsfraktion nicht aufwiegen. Wer im Parlament so schwach vertreten ist, kann die Mechanismen der öffentlichen Meinungsbildung nur noch schlecht bedienen und kommt zu kurz. Diese zutreffenden Befunde werden gern herangezogen, um beunruhigende Fragen zu verdrängen: Was wollen die neuen, die gesamtdeutschen Grünen denn eigentlich? Welche spezifischen politischen Beiträge kommen von ihnen in den neunziger Jahren, deren Agenda so ganz anders aussieht als die der späten achtziger?

Drei Jahre nach dem Debakel vom Dezember 1990 und weniger als ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat sich die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ für das Superwahljahr passabel hergerichtet. Die „hausgemachten“ Gründe für die Niederlage sind bearbeitet. Doch ganz kräftig haben die grünen Akteure ihre Augen vor den allgemeinen Entwicklungen verschlossen, auf die die Niederlage von 1990 wie ein Menetekel hingewiesen hat². Ob die Grünen die Krise als Chance anneh-

2 Über die Gründe für das Wahldebakel sind sich die grünen Strategen im wesentlichen einig. Für die Niederlage von 1990 ist die unglückselige Verknüpfung von selbstverantworteten Schwächen und allgemeinen Entwicklungen verantwortlich. Anhaltende Flügelkämpfe, Unprofessionalität und basisdemokratische Sandkastenspiele zählen zu den selbstgemachten Gründen. Die besonders ungünstige Konstellation zwischen Grünen und SPD im Einheitsjahr 1990 gilt als wichtiger Faktor außerhalb der unmittelbaren eigenen Verant-

men oder der Wucht von Massenarbeitslosigkeit, Sparzwang und Sozialabbau nur die Opposition entgegenstellen können, diese Diskussion hat erst ganz zaghaft begonnen. So bleibt ein geringes Restrisiko, ob am Wahlsonntag mehr als fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler den Grünen eine wichtige Rolle in der Bundespolitik beimessen wollen.

I. Mit Anstand gesamtdeutsch

Als im Mai 1993 der erste ordentliche Parteitag der neuen Organisation Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig stattfand, galten die westdeutschen Alternativen und die ostdeutschen Bürgerrechtler im öffentlichen Bewußtsein schon längst als eine Partei. Doch am Ende hat sich ausgezahlt, daß die beiden Organisationen sich soviel Zeit für diesen Prozeß genommen haben. Es bleibt bemerkenswert, daß ausgerechnet den Einheits skeptikern des Jahres 1990 glückte, worin alle anderen Parteien gründlich versagt haben: Sie wurden mit Anstand gesamtdeutsch.

Die großen Hoffnungen mußten im Lauf der mehrjährigen Prozedur den praktischen Zwängen allerdings weichen. Das Zusammengehen mit den Bürgerrechtlern aus dem Osten hat keine „neue“ Partei entstehen lassen, die sich im politischen Spektrum der Bundesrepublik anders einordnen ließe als die alten Grünen. Während die Bürgerbewegten aus dem Bündnis 90 sich jenseits von rechts und links sehen, wird die neuentstandene Organisation dem linken Spektrum zugerechnet wie die alte grüne Partei seit eh und je. Zu einem neuen Profil hat sich „das Erbe der 68er der alten Bundesrepublik“ und der „Erfahrungsanspruch antitotalitären Widerstandes“³ nicht gefügt.

Denn zusammengeschlossen haben sich hier Menschen, die sich nach 1990 eher mit Enttäuschungen und Selbsttäuschungen abzufinden hatten, als zum großen Wurf in die Zukunft auszuholen. „Ich weiß, Bruder, ich hatte die besseren Karten gezogen. Amis, BRD, Demokratie, Wirtschaftswunder, Freiheit. Ich hätte gern mit dir geteilt, alles geteilt und werde gern mit dir teilen. Aber muß es denn gleich wieder Deutschland einig Vaterland

wortung. Schließlich wirkt über das Jahr 1990 hinaus fort, daß die deutsche Einheit (und danach Strukturkrise und Rezession) die politische Tagesordnung neu geschrieben haben. Der bis Mitte 1990 greifbar nahe Reformschub des ökologischen Umbaus mußte einer anderen Realität weichen.

3 Darauf hofften u. a. Werner Schulz, Wolfgang Templin und Antje Vollmer.

sein?“ fragte Joschka Fischer kurz vor dem 3. Oktober 1990. Ein knappes Jahr später, im September 1991, schlossen sich die wichtigsten Bürgerrechtsinitiativen der Ex-DDR zur parteiförmigen Organisation Bündnis 90 zusammen. Mit Deutschland hatten auch die Revolutionäre von 1989 ihre Schwierigkeiten. Ihre Bereitschaft, hinter sich zu lassen, was sich als Illusion erwiesen hatte, war allerdings erheblich größer als bei vielen Grünen. Der Bundestagsabgeordnete Werner Schulz warb vor den Versammelten für einen realistischen Blick auf die Entwicklung: „Vielleicht hätten wir allein in der DDR die Demokratie aufbauen können. Aber die Wirtschaft allein sanieren, das hätten die Bürgerbewegungen nicht gekonnt. Eine Alternative, die keine war, ist zerbrochen.“⁴ Die Bürgerbewegten wurden Partei, schließlich Teil einer ursprünglich westdeutschen.

Die Enttäuschungen der Ostdeutschen waren andere als die der Westdeutschen, und die Positionen in der gesamtdeutschen Gegenwart unterscheiden sich beträchtlich. Marianne Birthler (Ost), neben Ludger Volmer (West) Bundessprecherin der neuen Organisation, antwortete noch im Herbst 1993 auf die Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten ziemlich drastisch: „Uns ist gemeinsam, daß wir beide in der Opposition Erfahrung gesammelt haben. Uns trennt, was das ganze Volk noch trennt: jahrzehntelang unterschiedliche Verhältnisse.“ Rückblickend ist kaum verwunderlich, daß sich unter dem Strich das Motto aus dem Memorandum des grünen Bundesvorstandes (Ende 1991) durchgesetzt hat, daß das wahlarithmetische Motiv „das zwingendste“ für den Zusammenschluß sei.

Während die politischen Grundsatzpapiere der Parteigründung getrost zu den Akten genommen werden können und dort verstauben dürfen, zählen die vereinbarten formalen Regeln auf Dauer. Die Bürgerrechtler aus dem Osten, die keinen „Beitritt nach Artikel 23“ wollten, konnten sich organisatorisch große Einflußmöglichkeiten sichern⁵. Daß sie von den zahlenmäßig weit überlegenen Grünen schnell aufgesaugt werden könnten, ist unwahrscheinlich. Bei den Grünen zählen mit Marianne Birthler, Werner Schulz oder Wolfgang Ullmann Ostdeutsche zu den Politikerinnen und Politikern in der ersten Reihe.

4 Rede von Werner Schulz vor der Gründungsversammlung des Bündnis 90 am 21./22.9. 1991 in Potsdam, in: Frankfurter Rundschau vom 8.10. 1991.

5 Das Bündnis 90 darf eine innerorganisatorische Vereinigung bilden, der eine Zeitschrift und eine Jahresversammlung finanziert wird. Im Bundesvorstand sind dem Bündnis 90 für die laufende Amtsperiode drei Sitze (von elf), darunter ein Sprecherposten, garantiert. Die ostdeutschen Landesverbände haben ein aufschiebendes Vetorecht im Länderrat.

Das wahrarithmetische Motiv verweist übrigens Grüne und Bündnis 90 nicht nur auf den Zwang zur Gemeinsamkeit, sondern auch auf tatsächliche Gemeinsamkeiten. Die potentiellen Wählerinnen und Wähler der Partei denken, fühlen und hoffen in Ost und West beinahe gleich. Überhaupt darf vermutet werden, daß die gemeinsame Wirklichkeit von Wahlkämpfen und Parlamentsarbeit schneller als innerparteiliche Diskussionsprozesse aus den beiden alten eine neue Organisation zimmern werden.

II. Professionelle PolitikerInnen am Werk

Die grünen Spitzengremien beschäftigen sich neuerdings mit ihren Wählerinnen und Wählern. Eine Banalität? Keineswegs. Dazu war der Schock von 1990 nötig. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hubert Kleinert und der Hamburger Politikwissenschaftler Joachim Raschke⁶ berichten undementiert, daß die grünen Bundesvorstände die Ergebnisse der Wahlforschung und damit alle Anzeichen für das aufziehende Debakel konsequent ignoriert haben. Der rettende Schritt einer formell gemeinsamen Kandidatur mit dem ostdeutschen Bündnis 90/Die Grünen wurde erst in letzter Minute versucht und kam dann nicht mehr zustande.

Die (West-)Grünen haben ihre Bundestagsitze also auch aus Schlampigkeit verloren. Professionalisierung, Schluß mit den basisdemokratischen Kindereien, lautete der Ruf vor allem aus dem Lager der Realos, dem sich auch der aus dem linken Forum kommende Bundessprecher Ludger Volmer nicht verschloß. Die fast geräuschlos und für grüne Verhältnisse außerordentlich seriös geführten Verhandlungen um den Zusammenschluß mit den Ostgrünen machten Volmer zum unangefochtenen Sprecher⁷. Eine zaghafte Partei-

6 Joachim Raschke, Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993; Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen – Analyse einer alternativen Partei, Frankfurt/M. 1992.

7 Ludger Volmer hatte sich in der Bundesversammlung in Neumünster im April 1991 in einer Kampfabstimmung gegen Hubert Kleinert durchgesetzt. Realos und Aufbruch scheiterten damals mit ihrem Personalpaket (Antje Vollmer, Vera Wollenberger, Hubert Kleinert) auf der ganzen Linie. Die Realos haben Konflikte mit dem Bundesvorstand bewußt vermieden. Vor dem Leipziger Parteitag war Fischer ausdrücklich für Volmers Wiederwahl eingetreten. Der Aufbruch, ursprünglich als Mittler zwischen den verfeindeten Parteiflügeln gegründet, ist als organisierte Strömung verschwunden. Die Linken haben sich zu einem neuen, dem Babelsberger Kreis zusammengeschlossen. Insgesamt spielen Flügel und Strömungen eine unvergleichbar geringere, auf jeden Fall höchst selten noch eine polarisierende Rolle.

reform⁸ schaffte den stets chaotischen Bundeshauptausschuß zugunsten des Länderrats ab, was geordneteren Abläufen dienlich war. An der generellen Schwäche, daß die Partei keine professionelle und interventionsfähige Führung auf Bundesebene besitzt, hat sich bisher nichts geändert. So dürfte diese Rolle erneut der künftigen Bundestagsfraktion zufallen: Die Gefahr von Postengerangel und Machtkämpfen nach alten Mustern wird damit nicht eben kleiner.

Doch zunächst einmal müssen die Plätze im Parlament erobert werden. Auch in der abgeschiedenen grünen Parteizentrale, im Haus Wittgenstein vor den Toren Bonns, wurde nunmehr zur Kenntnis genommen, daß trotz günstiger Umfrageergebnisse das grüne Stammwählerpotential unterhalb der Fünf-Prozent-Marke liegt⁹. Ob die Grünen „Milieupartei“ sind, wie groß das Segment der postmaterialistisch orientierten Wählerschaft ist, das bleiben zweitrangige Fragen neben der Feststellung, daß die Anhängerschaft der Grünen Wahlfragen mit einem hohen Grad an taktischer Flexibilität behandelt. Sie hat insbesondere keine fundamentalen Differenzen zur SPD. Raschke formulierte bei der Vorstellung seines Buches vor der Bonner Presse die optimistische These: „Die Partei repräsentiert ein politisch aktives, qualifiziertes, kritisches Segment der Gesellschaft. Das Viertel der Wählerschaft, das postmaterialistisch orientiert ist, verfügt mit den Grünen über eine selbständige Vertretung, auch gegenüber der SPD.“ In seinem Buch wird indessen auch nüchtern festgehalten: „Zentral für die Aussichten der Grünen ist das jeweilige Angebot der SPD.“ Und: „Grüne-Wähler/-innen brauchen von Wahl zu Wahl ein spezifisches Motiv für ihre Stimmabgabe.“ Nicht zufällig nimmt die – übrigens auch ein Novum – für den Wahl-

8 Die Trennung von Amt und Mandat und damit den letzten wichtigen basisdemokratischen Überrest abzuschaffen, gelang nicht. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde in Neumünster knapp verfehlt. Für die Abgeordneten aus dem Bündnis 90 ist eine Sonderregelung vereinbart worden.

9 So jedenfalls Raschke und Rüdiger Schmitt-Beck, der im September vergangenen Jahres vor dem Bundesvorstand referierte: „Vor dem Wahljahr 1994: Wählerpotentiale von Bündnis 90/Grünen in West- und Ostdeutschland“. Er bestätigte viele der bereits vorliegenden Befunde. Die potentielle Wählerschaft ist gebunden an die „Protestgeneration“, zwar gealtert, aber immer noch vergleichsweise jung (25–39 Jahre), verfügt über ein überdurchschnittliches Bildungsniveau, ist kirchenfern, eher weiblich und lebt überwiegend in Städten mit über 50 000 Einwohnern. Für Ostdeutschland gilt das mit leichten Abweichungen: Frauen sind hier deutlich überrepräsentiert, das Bildungsniveau weicht weniger stark von der Normalpopulation ab, ein kleiner Teil der Anhängerschaft hat ausgeprägte Kirchenbindungen. Der ostdeutsche Wähler von Bündnis 90/Die Grünen lebt überwiegend in Großstädten über 500 000 Einwohnern, also in Berlin, Dresden oder Leipzig.

kampf engagierte Werbeagentur neben den Stammwählern die „Sympathisanten aus dem Bereich der SPD-Wähler“ als wichtigste Zielgruppe ins Visier.

III. Warum eigentlich Grüne wählen?

Auf der Suche nach den spezifischen Motiven für die Stimmabgabe zugunsten der eigenen Partei bei der Bundestagswahl 1994 wird man schnell fündig: Erstens sind die anderen Parteien allzu schlecht, zweitens sind nur die Grünen wirklich immun für nationalistische und anti-republikanische Stimmungen. Gewichtige Faktoren – aber das ist auch schon alles.

Die spannungsgeladene Vision einer rot-grünen Bundesrepublik ist in mancher Hinsicht leer geworden. Erwiesenermaßen wird rot-grün in den Ländern genauso gut oder schlecht regiert wie christ- oder sozialliberal. Wahlarithmetisch scheint Rot-Grün kein Ausbaumodell, sondern ein Nullsummenspiel zu sein. Die Bundestagswahl und die hessische Kommunalwahl zeigten der SPD, daß sie dabei nicht viel zu gewinnen hat. Die niedersächsische Landtagswahl könnte für das Wahljahr Weichen stellen, denn hier geht es um die Frage: Kann die SPD von Rot-Grün profitieren?

Der neue SPD-Vorsitzende hält sich mit Koalitionsaussagen Richtung Grün nicht nur aus wahltaktischen Gründen zurück. Die Wahlergebnisse spiegeln nämlich nur wider, daß die Konjunktur für das Reformprojekt des ökologischen Umbaus schlecht geworden ist. Wenn es darum geht, in Bonn Opposition zu sein, dann ist diese Konstellation für die Grünen allerdings gar nicht schlecht: Eine SPD, die eher rechts als links von der Mitte angeln geht, läßt Raum. Aber die mobilisierende Perspektive, die Grünen könnten als regierende Partei in Bonn einziehen, kann unter diesen Vorzeichen kaum entstehen. Wie viele potentielle Grünen-Wähler sich zum Beispiel davon überzeugen lassen, die SPD müsse auf jeden Fall stärker werden als die Union, wird sich erst am Wahlabend herausstellen.

Rot-Grün, die Ampel, selbst Schwarz-Grün ist keine Frage mehr, die Aufschreie provoziert. Die ersten schwarz-grünen Abtastversuche – wie nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg – werden selbst vom Fraktionsvorsitzenden der Union billigend in Kauf genommen. Eine neue Perspektive eröffnen diese Versuche allem Anschein nach nicht: Für Koalitionen, sieht man von der kommunalen Ebene ab, ist es zu früh. Und die

Grünen werden zu eindeutig als „links“ wahrgenommen, um als Auffangbecken für die Erosionserscheinungen im konservativen Lager in Frage zu kommen. Die beginnende Diskussion um die „sechste Partei“ läuft an den Grünen vorbei.

Auch wenn Koalitionen für die Grünen keine Prinzipienfrage mehr sind, mögen die meisten Grünen sich nur dann in der Bonner Regierungsverantwortung sehen, wenn sie an einen echten reformerischen Aufbruch gebunden ist. Joschka Fischer gab in einem Interview mit „der tageszeitung“ vor dem Leipziger Parteitag erhebliche Zweifel daran zu erkennen, ob die Zeit für eine rot-grüne Konstellation auf Bundesebene reif ist. Er fürchtet ein Debakel, wenn die Grünen vor der Zeit an die Regierung kommen. „Eins ist klar: Eine wie immer geartete Regierungsbeteiligung der Grünen darf nicht in einem Fiasko enden. Das wäre fatal für dieses Land und diese Partei.“ Der hessische Umweltminister, der 1994 wieder nach Bonn kommen will, traut der grünen Verantwortungsbereitschaft nur in Maßen: „Wer Reformpolitik machen will, der kann nicht nur die Honigseiten einer Reformpolitik für sich beanspruchen.“

Die Grünen tun sich schwer damit, unterhalb des Großvorhabens vom ökologischen Umbau Botchaften zu entwickeln, die sie nicht nur als demokratisches Korrektiv und umweltpolitisches Gewissen, sondern als regierende, gestaltende Partei überzeugend darstellen. Einstimmig, also ungewöhnlich glatt, hat der Länderrat über die vorläufigen Wahlkampfplanungen entschieden. Fünf Arbeitsgruppen bearbeiten die fünf festgelegten Leitfragen: innere Einheit und Lastenverteilung, Ökonomie, Gleichstellung, Demokratie und Außenpolitik. Gesucht, vor allem in der Öko-Arbeitsgruppe: ökologische Konzepte und Ideen, die volkswirtschaftlich kompatibel und nicht abseits der Standortdiskussion rangieren.

Einen New Deal, ein Interessenbündnis zwischen den ökologisch interessierten Mittelschichten mit dem unteren Drittel der Gesellschaft, stellt sich Ludger Volmer vor: „Der Verzicht der neuen Mittelschichten auf weiteren materiellen Zuwachs kann ökologische und soziale Umbauprozesse finanzieren, die gleichermaßen die soziale Lebenslage der armen Schichten verbessern und allein ein Mehr an ökologischer Lebensqualität bieten.“¹⁰ Fischer bietet Scharping etwas Ähnliches, gewissermaßen eine Arbeitsteilung, an: die Grünen zuständig für das Mittelschichtenmilieu, die SPD für die kleinen Leute.

¹⁰ Ludger Volmer, New Deal statt Zweidrittel, in: die tageszeitung vom 27. 9. 1993.

Doch die Grünen werden sich ganz von der Vorstellung befreien müssen, alle Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Die konfliktreichen Hamburger Koalitionsverhandlungen, bei denen zeitweilig der Eindruck aufkommen mußte, hier verhandelten Partner, die blind und taub füreinander sind, haben durchaus bundesweite Aussagekraft: grüne und sozialdemokratische Sichtweisen haben sich wieder auseinanderentwickelt.

Wenn die Grünen regieren wollen, dann müssen ihre Standortkonzepte eben auch Fragen beantworten, die andere stellen. Man muß wahrhaftig nicht der Meinung sein, daß die Standortkrise vor allem Folge der Lohnkostenentwicklung ist. Aber die Problematik der Lohnkostenentwicklung erledigt sich nicht mit der Forderung nach einer ökologisch innovativen Standortpolitik. Auf so holperige Wege mit unvollkommenen Antworten begeben sich die Alternativen freilich ungern. Die Partei mit dem Trend zum Realpolitischen beharrt im Zweifel auf Grundsätzen, wie der Sonderpartei-tag zur Außen- und Friedenspolitik zeigte.

IV. Weltanschauung kontra Wirklichkeit

Die Debatte um Pazifismus, Bellizismus und die künftige Rolle Deutschlands in der Welt mündete nach einem überraschenden, für die Mehrheit der Grünen nicht nachvollziehbaren Beschluß des Länderrats, der die militärische Option im Konflikt des ehemaligen Jugoslawien offenhielt, im Oktober 1993 in einen Sonderpartei-tag. Joschka Fischer behielt recht mit seinem Verdacht, daß „ein überwiegender Teil der Grünen von ihrem objektiven Empfinden her 1994 noch als Protest-

partei antreten wird“¹¹. Der heimliche Vorsitzende der Grünen fand sich am Ende so deutlich in der Minderheit, daß es schon besser war, daß Stimmzahlen gar nicht mehr ausgezählt wurden. Weniger bemerkenswert als die Beschlüsse, mit denen sich die Grünen als pazifistische Partei ausweisen, war der Ablauf der Veranstaltung in der Bonner Beethovenhalle. Mit beträchtlicher Energie wurde die Vorstellung abgewehrt, es könnte den seltenen Fall geben, wo militärische Gewalt als ultima ratio unvermeidlich sei. Stets waren die Verfechter dieser Meinung in Gefahr, ins Lager der Militaristen und Abenteurer einsortiert zu werden. Und bis zur Abschaffung der Bundeswehr frönten die Delegierten der bekannten grünen Neigung, auf Parteitagen und in Programmen eine Welt nach ihren Vorstellungen zu bauen – und dabei die wirkliche Welt zu vergessen.

Weil der Jugoslawienkonflikt bei den Grünen die Frage hat aufbrechen lassen, ob elementare Menschenrechtsverletzungen auch gewaltsame Lösungen legitimieren können, sehnten sich die Delegierten nach sicheren Überzeugungen. Für einen Moment, im Schutzraum der geschlossenen Veranstaltung, wollte sich die Partei vergewissern, daß ihr Standpunkt klar geblieben ist. Daß das nicht sehr weit reichen kann, machte Daniel Cohn-Bendit mit einer Bemerkung besonders deutlich. Er sei jetzt schon auf die Versammlung gespannt, auf der Ludger Volmer den Delegierten erklären würde, daß er mit der Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr in den Koalitionsverhandlungen leider gescheitert sei, aber trotzdem Minister in der Regierung werden wolle.

Die Grünen möchten zu gern etwas Besonderes sein. Es mutet schon seltsam an, wenn das professionelle PR-Team, das der Bundesvorstand für das Wahljahr engagiert hat, seine „Basisüberlegungen“ so einleitet: Die Existenz von Bündnis 90/ Die Grünen basiert auf dem *Anderssein*.

11 Interview in: die tageszeitung vom 14. 5. 1993.

Warnfried Dettling: Ende oder Wende. Was wird aus der CDU?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 3–7

1994 wird zum Schicksalsjahr der Volksparteien, vor allem der CDU: Sie verliert ihre Rolle als strukturelle Mehrheitspartei. In dem Fünf- oder Sechs-Parteien-System der Zukunft wird sie zur Regierungsbildung nicht mehr gebraucht, allenfalls in einer großen Koalition. Wolfgang Schäuble, der Erbe Kohls, ist dabei, aus der veränderten Lage die Konsequenzen zu ziehen und die CDU rechts von der Mitte neu zu positionieren.

Eckhard Fuhr: Zurück zur Mitte: Die SPD zu Beginn des Superwahljahres 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 8–11

Die SPD will die Macht in Bonn. Um dieses Ziel zu erreichen, wirft sie unter ihrem neuen Vorsitzenden Rudolf Scharping Ballast ab. Was die Partei in den achtziger Jahren bewegte, die Suche nach neuen Mehrheiten links von der Mitte, die neuen sozialen Bewegungen und die weichen Themen, ist in den Hintergrund getreten. Statt dessen sollen die Bindungen an die traditionelle Wählerklientel wieder gefestigt werden. Die rot-grüne Option verblaßt.

Thomas Wittke: Die F.D.P. am Scheideweg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 12–16

Für die F.D.P. steht im Superwahljahr viel auf dem Spiel. Sie hat die Möglichkeit, sich in der Regierung programmatisch zu erneuern oder aber den Regenerationsversuch in der Opposition zu wagen. Die Partei kann zwar nach der Devise „Augen zu und durch“ verfahren, aber eine Zukunft wird ihr nur beschieden sein, wenn sie sich von ihrer überholten Programmatik trennt und zu neuen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ufern aufbricht.

Peter Fahrenholz: Die CSU vor einem schwierigen Spagat

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 17–20

Die CSU ist seit der deutschen Einheit in ihrer klassischen Doppelrolle bedroht. Weil ihr bundespolitisches Gewicht im größer gewordenen Deutschland abgenommen hat, droht sie zur reinen Regionalpartei abzusinken. Der Versuch, den bundespolitischen Einfluß auszudehnen, ist gescheitert.

Bei den Wahlen des Jahres 1994 steht die CSU vor einer schweren Aufgabe. Sie muß bei der Europawahl mit einem Denkkzettel rechnen und anschließend bei der Landtagswahl versuchen, ihre absolute Mehrheit zu verteidigen. Die Landtagswahl ist für die CSU weit wichtiger als die anschließende Bundestagswahl, denn an der Bewahrung der Alleinherrschaft in Bayern hängt die Identität der Partei.

Patrick Moreau: Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 21–26

Die wirtschaftliche Krise in den neuen Bundesländern hat es der PDS ermöglicht, regional ihre Wählerschaft zu stabilisieren. Ihr politisches Scheitern im Westen beraubt sie nahezu jeglicher Chance, bei den Bundestagswahlen 1994 die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Die Partei hofft, ihre Defizite in den alten Bundesländern durch den Gewinn dreier Direktmandate im Osten ausgleichen zu können. Der Großteil der Parteikräfte hat sich inzwischen auf der Kommunal- und Landesebene engagiert, auf welcher die PDS mehrere hundert Mandate erreichen und zumindest in vier Landtage einziehen dürfte. Deutet sich durch das gute Abschneiden bei der Kommunalwahl in Brandenburg eine Trendwende für die PDS in bezug auf die Bundestagswahl 1994 an?

Tissy Bruns: Bündnis 90/Die Grünen: Oppositions- oder Regierungspartei?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/94, S. 27–31

Niemand hatte damit gerechnet, doch bei der letzten Bundestagswahl scheiterten die Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde. Nach allen Prognosen und Umfragen der letzten Zeit können die Alternativen aber beruhigt in das Jahr 1994 gehen. Es ist wahrscheinlich, daß das „Bündnis 90/Die Grünen“, wie die Partei nach der west-östlichen Vereinigung heißt, wieder mit einer stattlichen Fraktion im nächsten deutschen Bundestag vertreten sein wird. Seit das Vertrauen in Helmut Kohls Koalition schwindet, stellt sich sogar die Frage, ob im künftigen Kabinett grüne Minister mitregieren werden. Doch wollen die Grünen überhaupt regieren? Es fehlt an grünen Ideen und Botschaften, die der Realität von wirtschaftlicher Strukturkrise und gesamtdeutscher Spaltung gerecht werden. Fast scheint es, als wollte die grüne Partei lieber in die Opposition.